

Bezugspreis:
Hertelshet. 63. - M. monatl. 20. - M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 20. - M. einchl. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich-
Ungarn und Jugoslawien 24. - M. für
das übrige Ausland 22. - M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Samstag-
beilage „Zeit und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Grußwort“ und der
Beilage „Gedichte und Kleinigkeiten“
erscheint wochentlich zweimal, Sam-
stags und Montags einmal.

Telegraphen-Abdruck:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abzugspreis:
Die Jahrgangssumme des „Vorwärts“
betragt 2. - M. „Kleine Vorwärts“
das letztgenannte Blatt 2. - M. (je-
weilig zwei Jahrgänge). Jedes
weitere Blatt 1.50 M. Stempelgeld
und Schließelgebühren das erste
Blatt 1.50 M., jedes weitere Blatt
1. - M. Mails über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-
abzüge für Abonnenten Blatt 4. - M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Abzüge für die 2. Hälfte des Jahres
müssen bis 4. März nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.O. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplan 15153-97
Expedition Morisplan 11753-54

Mittwoch, den 22. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morisplan 11753-54

Der Vormarsch der Labour Party.

London, 21. Februar. (WIB.) Bei der Nachwahl zum Unterhause in North Camberwell, Bezirk London, erhielt Simon (Arbeiterpartei) 7854, Meiler (Konservativ) 6717 Stimmen. Der Sieg ist somit von der Arbeiterpartei gewonnen worden. — Die koalitionsgegnere Presse bezeichnet dieses Wahlergebnis als einen neuen Schlag gegen die Koalition. Laut „Daily News“ ist dies der 17. Sieg, den die Koalition seit den Wahlen von 1918 verloren hat; 12 davon hat die Arbeiterpartei gewonnen.

Wenn die Arbeiterpartei siegt, so doch wohl darum, weil die ungeheure Arbeitslosigkeit die Massen lehrt, daß die englische Außenpolitik jenen Weg gehen muß, den die Arbeiterpartei fordert: zur Revision des Versailler Diktats und zum gemeinsamen Wiederaufbauwerk aller Völker Europas, einschließlich des russischen.

Das Danaidenfaß.

London, 21. Februar. (WIB.) Im Unterhause teilte heute Sir Robert Horne mit, daß die Reparationsbeiträge, die England von Deutschland bis zum Schluß des laufenden Finanzjahres erhalten habe, wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um die Kosten des britischen Besatzungsheeres zu decken. Daher würden diese vorläufig nicht auf Reparationsrechnung eingetragen werden. (1)

Scharfmacherei in der Kammer.

Paris, 21. Februar. (GE.) Nachdem die Kammer 5 138 000 Front für die Teilnahme Frankreichs an der internationalen Ausstellung von Rio de Janeiro bewilligt hatte, lehnte sie die Beratung des Budgets für die von Deutschland zu bedeckenden Ausgaben fort. Die Abg. Linguin du Pontet und Barthelémy begünstigten Poincaré, daß er zu den Grundfragen von Versailles zurückgekehrt sei und Klagen darüber, in welchem Maße bisher Frankreich Verzicht gegenüber Deutschland habe leisten müssen, Deutschland sei eben nicht willens, seine Schulden zu bezahlen. Und wenn man seine Schulden auf ein Jahr ermäßige, werde es immer noch die Bezahlung verweigern. Barthelémy sagte weiter, Deutschland müsse, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, ausführen und die Alliierten müßten die Entwicklung der deutschen Wirtschaft begünstigen ohne Rücksicht auf seine Wirtschaftslage. Die Besieger der besetzten Gebiete wollten die „Boches“ (wörtlich) nicht bei sich sehen, aber wenn es nötig sei, müßten sie dieses neue Opfer bringen. (Lardieu rief dazwischen: Vorher muß man aber die ausländischen Devisen, die Deutschland in Banken verschiedener Länder besitzt, nach Deutschland zurückbringen.)

Abg. Frouin verbreitete sich über die Lage der deutschen Industrie und erklärte, es sei festgestellt, daß, wenn es sich um die Reparationen handele, Deutschland kein anderes Ziel habe, als die wirtschaftliche Wiederherstellung Frankreichs zu verhindern. Er verlangt Auskunft über die Liquidation der liquidierten deutschen Güter sowie über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um

Deutschland zur Zahlung zu zwingen.

Es sei keine andere Politik möglich als die, auf Deutschland zu drücken auszuüben. Politisch könne man sich damit begnügen machen, daß man die Lösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich begünstige. Nach dem Waffenstillstand seien die Rheinländer davon überzeugt gewesen, daß man ihr Land annehmen würde. Man müsse eine andere Politik im Rheinlande betreiben. Es handele sich nicht um Annexion, sondern um Reparation. Die Bewohner des Rheinlandes seien preußenfeindlich, daraus müsse man Nutzen ziehen. Der Redner spricht Lobans für eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich.

Abg. Aubriot (Rechtslogist) bezeichnet es als einen Fehler, daß Frankreich die großen Summen, die Deutschland zu zahlen hätte, in sein Budget einsehe. Frankreich könne nicht fortfahren, der Bankier des besetzten Landes zu sein. Die Reparationsschulden müßten an den Völkerbund übertragen werden. Frankreich hätte in Genua klar zu machen, daß alle an einer solchen Lösung Interesse besitzen.

Die Weiterberatung des Budgets wird sodann auf Donnerstag vertagt.

Frankreichs Verschleppungsantrag.

Der französische Antrag auf Verschiebung der Genueser Konferenz ist der Reichsregierung amtlich zur Kenntnis gebracht worden.

Paris, 21. Februar. (WIB.) Ueber den Stand der Verhandlungen, die zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Konferenz von Genua geführt werden, schreibt das „Journal des Débats“ offenbar beeinflusst, den aus Paris und London stammenden Aufklärungen zufolge scheint es, daß die britische Regierung auf dem Standpunkt beharre, die interalliierten Sachverständigen sollten unverzüglich in London zusammentreten. Der englische Botschafter habe diesen Standpunkt bei einem Besuch bei Poincaré von neuem vertreten. Andererseits habe es nicht den Anschein, als ob die französische Regierung ihre Auffassung geändert habe. In Paris sei man nach wie vor der Ansicht, daß die außerordentlich wünschenswerten Sachverständigenkonferenz tatsächlich nur dann förderlich wäre, wenn die französischen Sachverständigen, die zurzeit in Paris arbeiten, vorher die technischen Fragen geklärt und der englische und französische Standpunkt auf diese Weise einen Ausgleich gefunden hätte.

Paul Meunier in Freiheit gesetzt.

Nach mehr als zwei Jahren Untersuchungshaft.

Paris, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der frühere radikalsozialistische Abgeordnete des Departements Aube, Paul Meunier, und dessen Gesehite, Frau Bernadine de Ravisi, sind heute abend wieder auf freiem Fuß gesetzt worden, nachdem die Chambre des mises en accusation (die mit der Anklageerhebung in Strafsachen betraute besondere Instanz des französischen Justizwesens) einen Beschluß gefaßt hat, wonach eine Anklage gegen beide nicht erhoben werden könne.

Dieser Beschluß bedeutet einen vernichtenden Schlag für die unter Clemenceau begonnene und vom nationalen Bloß fortgeführte reaktionäre Politik und dürfte auch weitere Kreise ziehen. Meunier, der schon in Jugendzeit wegen seines mätigen Eintretens für einen als Opfer der Justizverwaltung irrtümlich gewordenen Führer des Hafenarbeiterverbandes in Havre bei der Arbeiterkassette hohen Ansehen genoss, gab während des Krieges ein linksoppositionelles Blatt heraus, „La Vérité“ (Die Wahrheit), in dem er gegen die wahnsinnige Bloß-ans-Gabe-Politik Clemenceaus scharf polemisierte und für den Versöhnungsfrieden eintrat. Als Clemenceau ans Ruder kam, ging er gegen die Führer der sogenannten „desillusionierten“ Strömung mit äußerster Rücksichtslosigkeit vor und nach einander ließen ihm Malvy, Cail্লাug und Paul Meunier zum Opfer. Letzterer wurde des Einverständnisses mit dem Feinde beschuldigt. Es wurde behauptet, daß er durch Vermittlung eines Schweizer Malers Boffard mit dem deutschen Gesandten in Bern, Freiherrn v. Rhombert in Verbindung gestanden sei. Mit ihm wurde auch seine Gesehite, Frau de Ravisi, verhaftet. Sie wurden zuerst als gemeine Verbrecher (ähnlich wie zuerst Colliquet) behandelt, und erst nach mehr als einem Jahre erließen sie die Begünstigungen, die politischen Gefangenen zuteil werden. Eine Anklage wurde jedoch noch immer nicht gegen sie erhoben. Als erster proklamierte der Führer des französischen Metallarbeiterverbandes Merheim in den Spalten des Gewerkschaftsblattes „Peuple“ gegen den Meunier-Standal. Nach ihm sollten auch die sozialistische Partei, sowie die Liga für Menschenrechte für Meunier ein, während die Kommunisten es ablehnten, sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Meunier bestreitet stets auf das entschiedenste, die ihm zur Last gelegten Unterredungen mit dem deutschen Gesandten in Bern zur Herbeiführung eines schnelleren Friedensschlusses niemals geführt zu haben, fügte aber hinzu, daß, wenn er solche Schritte unternommen hätte, er sich dies nur als Ehre anrechnen möchte. Mit dem heutigen Beschluß ist die ganze Anklage des Ministeriums Clemenceau gegen ihn in nichts zerronnen. Seine Freilassung dürfte aber starkes Aufsehen in ganz Frankreich erregen und auch die Bewegung zugunsten einer Revision der Prozesse gegen die beiden anderen Hauptopfer der Clemenceauschen Politik, Malvy und Cail্লাug, erheblich fördern.

Paris, 21. Februar. (WIB.) Die Anklagebehörde hat beschlossen, die Anklage wegen Einverständnisses mit dem Feinde gegen den früheren Herausgeber des „Clair“, Ernest Jubei, und den Schweizer Maler Jean Boffard, die beide gestücht sind, aufrechtzuerhalten.

Die Fünfländerkonferenz.

Die Delegation der SPD. zu der am 25. d. M. beginnenden Fünfländerkonferenz setzt sich endgültig wie folgt zusammen: Ad. Braun, Hildenbrandt, Wolfenbühr, Stampfer, Wels für den Parteivorstand, und Ed. Bernstein, Hue, Silberstein, Sellmann und Vogel-Franken für die Reichstagsfraktion.

Die USP. entsendet: Breitscheid, Crispian, Dittmann, Hilferding, Ledebour, Dr. Rosenfeld und Mathilde Wurm.

Die RWG. wird durch Paul Levi, Däumig und noch ein drittes Mitglied vertreten sein.

Am 23. und 24. Februar finden in Frankfurt Vorbesprechungen statt.

Kollet in Permanenz.

London, 21. Februar. (EP.) Nach Erklärungen der „Times“ hat die englische Regierung ihre Zustimmung zu dem von Mitgliedern der Interalliierten Militärkontrollkommission ausgedrückten Wunsch gegeben, wonach die militärische Kontrolle noch während einer unbestimmten Zeit fortzuführen ist.

Entscheidung über das Reichsmietengesetz.

Von der Reichstagsfraktion wird uns geschrieben: Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung wird über Annahme oder Ablehnung des heich unstrittenen Reichsmietengesetzes entschieden werden. Gleich zu Beginn der Sitzung ist eine namentliche Abstimmung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erwartet von allen ihren Mitgliedern pünktliches Erscheinen.

Lettland.

Eine Unterredung mit E. Osolin.

Von L. Grigorjans.

In Berlin weist jetzt eine Abordnung der lettlandischen Regierung, die mit der deutschen Regierung wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages Verhandlungen führt. Voraussetzungen werden diese Verhandlungen schon in den nächsten Tagen zu einem günstigen Resultat führen und in der Unterzeichnung eines Vertrages ihren Abschluß finden.

Der lettlandischen Delegation gehört u. a. ein Sozialdemokrat, Genosse E. Osolin, Mitglied des Zentralkomitees der lettlandischen sozialdemokratischen Partei, an. Genosse Osolin ist Chef der Staatskontrolle und daher auch Mitglied des lettlandischen Ministerkabinetts. Wir haben Veranlassung genommen, den Genossen Osolin über die lettlandischen Verhältnisse auszufragen, und geben in nachstehenden Zeilen die Quintessenz seiner Aufklärungen wieder.

Genosse Osolin ist der Ansicht, daß der abzuschließende Handelsvertrag für Deutschland große Bedeutung haben wird. Er wird die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen auf eine feste rechtliche Grundlage stellen. Lettland ist Abnehmer für deutsche Industrieerzeugnisse und zugleich Lieferant von Holz, Flach und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Seine großen Häfen — Riga, Libau, Windau — sind für den Durchfuhrverkehr nach Rußland wertvoll.

Auf die Frage über die allgemeine Wirtschaftslage in Lettland antwortete Genosse Osolin, daß die staatliche Konsolidierung und die Stabilisierung der Verhältnisse bedeutende Fortschritte aufweisen. Das diesjährige 9-Milliarden-Budget konnte mit einem Defizit von nur wenigen Hundert-Millionen balanciert werden; dieses Defizit aber wird ohne Neuemission von Papiergeld gedeckt werden können. Der Kurs des lettlandischen Rubels ist bedeutend gestiegen. Im Mai 1921 kostete 1 Pfund Sterling 1000 lettlandische Rubel, jetzt — nur 1000 Rubel, die deutsche Mark ist jetzt 1,20 lettlandischen Rubels gleich. Die Handelsbilanz bessere sich und ihre Passivität vermindere sich zusehends. Das sei darauf zurückzuführen, daß eine große Menge von Waren über die Grenze nach Sowjetrußland abfliehe. Schwierigkeiten bereite die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Betriebe in den vom Krieg heimgeführten Gebieten. Lettland benötige hierfür ausländisches Kapital, da seine eigenen Kräfte zur Bewältigung der Ansprüche nicht ausreichen. Dasselbe gilt auch für die früher hochentwickelte, durch den Krieg völlig zerstörte Industrie. Abgesehen davon, daß der russische Abfahrmarkt noch verschlossen ist, ist der Aufbau der Industrie nur mit weitgehender Unterstützung des Auslandes denkbar. Die Rolle Deutschlands auf diesem Gebiete gehöre nicht zu den kleinsten. Einige Großbetriebe nehmen in nächster Zeit ihre Arbeit wieder auf, und das deutsche Kapital sei dabei hervorragend beteiligt. Das gilt z. B. für die Eisenbahnwerkstätten in Dwinz, bei denen die Reparatur von 300 Lokomotiven im Jahre vorgesehen ist usw.

Die Zahl der Industriearbeiter im ganzen Lande betrage rund 45 000. Die Arbeitslosigkeit mache sich insbesondere dadurch fühlbar, daß die Heimkehrer aus Sowjetrußland nicht untergebracht werden können. An den Folgen der Arbeitslosigkeit haben besonders Arbeiterinnen, ungelernete Arbeiter und Vertreter der geistigen Berufe zu leiden. Zur Unterstützung der Arbeitslosen werden von der Regierung zur Verfügung der Kommunalverwaltungen größere Geldbeträge angewiesen, die zur Veranstaltung von öffentlichen Arbeiten verwendet werden. Auf eine gewisse Stabilität der Verhältnisse weist u. a. der Umstand hin, daß im Laufe des letzten Halbjahres fast gar keine Streiks stattgefunden haben.

Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung ist auf das Krankenversicherungsgesetz hinzuweisen, das für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen in staatlichen und privaten Betrieben Geltung hat. Die Versicherungsbeiträge setzen sich aus drei Teilen zusammen: die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen je 2 Proz. vom Lohn, und der Staat steuert ebenfalls 2 Proz., d. h. ein volles Drittel, bei. Das Gesetz über den Achtstundearbeitstag steht vor der Verabschiedung in der Konstituante.

Der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung habe ein schnelleres Tempo der Durchführung der Agrarreform zur Folge gehabt. Von den in Aussicht genommenen 100 000 Bauernwirtschaften ist über ein Drittel bereits begründet. Jede Wirtschaft erhält ein Areal von rund 27 Hektar. Die enteigneten Großgrundbesitzer, die immer zu den reaktionärsten Schichten des russischen Adels gehören, geben sich die größte Mühe, die deutsche bürgerliche Presse in ihrem Sinne zu beeinflussen und die Verhältnisse in Lettland schwarz in schwarz darzustellen. Darin spiegeln sich nur ihr Ärger über die Enteignung des Landes wider, die eine soziale Notwendigkeit war.

Auf diese Verärgerung seien auch die Klagen über die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Lettland zurückzuführen. Davon könne keine Rede sein. Alle Nationalitäten genießen absolut die gleichen Rechte wie die lettische. Deutsche, Polen, Russen, Juden geben völlig ungehindert ihre Blätter in ihrer Sprache heraus, haben eigene

Theater, eigene nationale Schulen, die auf Staatskosten im proportionalen Verhältnis zu den Leistungen unterhalten und von amtlich anerkannten nationalen Verwaltungen völlig selbständig geleitet werden. Die Klagen über Antisemitismus usw. seien nur darauf zurückzuführen, daß die Regierung etwas strenger die Berechtigung für den Aufenthalt mancher aus Sowjetrußland flüchtender nachprüfen lasse, was nur ein Gebot der Selbsterhaltung sei. Auch wird manchem Agrarier, der sich der Umtriebe gegen die Selbständigkeit Lettlands (Bernoldi-Benewer u. a.) schuldig gemacht habe, die Einreise verweigert, was die Beschuldigungen wegen angeblicher Deutschfeindschaft nährt.

Nun kam die Unterhaltung mit dem Genossen Osoin auf das Thema der Koalitionsregierung in Lettland. Als im Juni vergangenen Jahres die Ullmanis-Regierung gestürzt wurde, konnte eine Regierung nur unter Teilnahme der Sozialdemokratie, die ein Drittel der Sitze in der Konstituante innehat, zustandekommen. Die Partei war damals noch einig. Auch der linke Flügel nahm an allen Vorbereitungen teil. Allerdings wollte er in die Regierung zu dem ausgesprochenen Zweck eintreten, um die Idee der Koalition zu kompromittieren. Der linke Teil der Partei verfolgt eben keine selbständige Politik, seine Hauptrolle sei es vor allem, die russischen Bolschewiki nur nicht zu verletzen und nicht zu ärgern. Das kam u. a. zum Ausdruck, als auf der Parteikonferenz eine Protestresolution gegen die Invasion Georgiens vorgeschlagen wurde. Die Linke hat dagegen gestimmt. Bei der letzten Regierungsabildung im Sommer 1921 kam es also zur Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion des Parlaments. Um zu verhindern, daß der rückschrittliche Ullmanisblock wieder ans Ruder kommt, und daß die Idee der Demokratie im Volke Schaden erleidet, hat sich der rechte Flügel der Fraktion dazu entschlossen, in die Regierung einzutreten. Die 88 Mann starke Fraktion zerfiel, indem 17 Genossen des rechten Flügels auschieden. Dem gegenwärtigen Ministerkabinett Rojerowicz gehören vier Sozialdemokraten an.

Der Spaltung der Fraktion folgte die Spaltung der Partei. Es galt, eine neue Organisation im ganzen Lande aufzubauen. Dies sei jetzt gelungen. Die neue Partei habe sich vorzüglich entwickelt und ihre Taktik finde bei den Massen immer mehr Anklang. Als Beispiel führte Genosse Osoin den in den letzten Tagen stattgefundenen Kongreß der Krankenkassen an, wo die Anhänger seiner Partei die übergroße Mehrheit hatten. Demgemäß werde die neue Zentralleitung aus seinen engeren Parteigenossen gewählt.

Am Schluß kam das Gespräch auf das Verhältnis zu Sowjetrußland, das Genosse Osoin als gut bezeichnete. Der Handelsverkehr durch Lettland nach Sowjetrußland entwickle sich günstig. Auch die Handelsbeziehungen mit Rußland werden mehr und mehr geknüpft. Lettland unterhält in Moskau ein Handelsbureau, das dazu wesentlich beiträgt.

Die Memoiren des Extronprinzen.

Ein Buch, um gutes Wetter zu machen. Zu der angekündigten Veröffentlichung der Erinnerungen des Extronprinzen erzählt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ u. a. noch folgendes: Das Buch wird nicht weniger Aufsehen erregen, als der von dem Kronprinzen an seinen Erzähler Jörn vor wenigen Tagen geschriebene Brief, der besonders durch die Stellungnahme gegen die Monarchie auffiel. Der Cottasche Verlag beabsichtigt, nicht die ganze Niederschrift des Kronprinzen erscheinen zu lassen. Insbesondere diejenigen Partien, die eine Kritik gegenüber der Obersten Heeresleitung erkennen lassen, sollen auf Wunsch gewisser Freunde des Kronprinzen gestrichen werden. Die unveränderte Herausgabe des Buches würde auch die weniger herzlichen Beziehungen des Kronprinzen zu seinem Vater erkennen lassen. Anscheinend dienen die jüngsten Kundgebungen des Extronprinzen zur Vorbereitung der Rückkehr nach Deutsch-

land. Wie wir erfahren, möchte sich der Extronprinz schon in allernächster Zeit in Oels bei Breslau niederlassen. Der Extronprinz will abseits die Reichshauptstadt oder deren Nähe meiden, um nicht Anlaß politischer Demonstrationen zu werden.

Wir können nur sagen, daß wir von des Extronprinzen schriftstellerischen Arbeiten ebensowenig eine Aenderung des Urteils über ihn erwarten wie infolge der von ihm ehemals erkundeten Manuskriptentwürfe und des neuerdings geschwundenen Hufeisens. Außerdem sind wir der Meinung, daß der Wunsch weiter Volkstreu, der Kronprinz möge in Holland bleiben, schwerer wiegt, als seine Sehnsucht, sich auf sein „Thronseihen“ Oels zu begeben.

Verkauf des „Freiheit“-Inventars.

Nachdem die Berliner Druckerei G. m. b. H., Eigentum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, bereits vor einiger Zeit ihr Grundstück Breite Straße an eine Bank verkauft hat, erfährt jetzt das „D. L.“ aus angeblich sicherer Quelle, daß auch die gesamten Druckereianlagen (ausschließlich der Firma und der Zeitung) an die Buchdruckerei Ernst Kästner für 8 Millionen Mark verkauft werden sollen. Die „Freiheit“ wird danach künftig nicht mehr im eigenen Betrieb gedruckt werden, sondern ihre Herstellung soll an eine Berliner Firma vergeben werden.

Wir können dazu folgendes mitteilen: Das Druckereiuunternehmen der U.S.P. wurde geschaffen, als diese Partei auf ihrem Höhepunkt stand. Bei der Abmessung der Einrichtungen ging man dabei von der Erwartung weiteren Wachstums, mindestens aber einer gleichbleibenden Stärke der Partei aus. Mit der hallenser Spaltung trat jedoch eine so starke Verkleinerung der Partei ein, daß sie für das Unternehmen keine tragfähige Grundlage mehr bot. Infolgedessen arbeitete dieses, was öffentliches Geheimnis war, mit starken Unterbänken, die nun zur Aufgabe des Gesamtunternehmens geführt haben.

Am Mittwoch tritt in Berlin eine Reichskonferenz der U.S.P. zusammen. Ueber ihren Zweck gehen die Behauptungen auseinander. Das Frankfurter Parteiblatt der Unabhängigen hatte die Meinung verbreitet, daß die Konferenz der Auseinandersetzung mit dem rechten Flügel dienen solle, der sich bei dem Vertrauensvotum für Weich der Stimme enthalten hat. Die „Freiheit“ demotiert diese Meinung und erklärt, daß über die Aufnahme der Gruppe Weich (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) entschieden werden solle.

Die Vermögenssteuer.

Der Steuerauschuß des Reichstages verabschiedete am Dienstag die zweite Lesung des Vermögenssteuergesetzes. Eine wichtige Abänderung erfuhr die Steuerstaffelung nach § 21. Danach beträgt die Vermögenssteuer jährlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 1 vom Tausend, für die nächsten 200 000 Mark 1,5, für die weiteren 200 000 Mark 2, für weitere 200 000 Mark 3, für weitere 1 Million Mark 4, für weitere 2 Millionen Mark 5 vom Tausend usw., progressiv ansteigend bis zu 10 vom Tausend. Der Zuschlag zur Vermögenssteuer wurde wie folgt festgelegt: Der Zuschlag zur Vermögenssteuer beträgt von den ersten angefangenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 100, für die nächsten 200 000 Mark 15 und für die weiteren Beträge 200 vom Hundert der Vermögenssteuer. — Nach Verabschiedung des Vermögenssteuergesetzes wurde das Gesetz über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit entsprechend dem Steuerkompromiß abgelehnt.

Verlagswechsel der „Grenzboten“. Die im 81. Jahrgang stehende Zeitschrift „Die Grenzboten“ ist nach Meldung der Korrespondenz S. S. durch Dr. Stresemann in den Deutschen Verlag überführt worden. Der bisherige alleinige Herausgeber Prof. Fritz Kern, der nach Bonn überbebt, hat die politische Leitung der „Grenzboten“ dem Herausgeber der „Zeit“, Reichstagsabgeordneter Nippel anvertraut.

Sport.

Wir sind ein sportliebendes Volk geworden. Ueber diese Freude am Sport entwickelt sich zusehends immer mehr nach der passiven Seite. Nicht das eigene Turnen, Ballspielen, Rudern usw. ist die Hauptsache, sondern die Anteilnahme an den „sportlichen“ Leistungen anderer, nämlich solcher „Champions“, die ihren „Sport“ als Beruf betreiben, und deren Leben ein einziger Wettkampf miteinander ist, sich gegenseitig zu „besiegen“ und den Platz abzurufen.

Wenn über „Sport“ gesprochen und geschrieben wird, so dreht sich nunmehr um die Ausföhrungen um die Ausföhrungen und Leistungen jener Berufsleute. Ueber ein „zu wenig“ an solchen Meldungen, Notizen und Aufzählungen können sie sich jedenfalls nicht beklagen. Jede „ankündigende“ Notiz hat heute ihre Sportbeilage, und bei den „beliebtesten“ Wärdern erscheint sie täglich und nimmt es an Umfang mit dem ganzen sonstigen Inhalt auf. Getreulich wird da jeder Wettkampf registriert. Das heißt, zunächst erscheint eine Reihe von Bornotizen: Der dänische Boxmeister konnte gewonnen werden... Am vergangenen Mittwoch trat er die Reise an; vier Freunde begleiteten ihn in Appenzeln zum Bahnhof... Bei seinem Einreisen in Berlin am nächsten Freitag wurde er am Bahnhof von einer Reihe begeisteter Freunde und Anhänger begrüßt... Im Hotel Cracador nahm er Wohnung... Die Trainer Müller und Meier wurden verpflichtet, mit ihm die letzten Tage vor dem großen Wettkampf mit dem deutschen Mittelgewichtmeister noch zu üben... Folgt eine ausführliche Abhandlung über die Ausföhrten der beiden Meister, die sich im Kampfe besiegen lassen; Schlußsatz einer: Nach all dem darf man mit Sicherheit annehmen, daß unser heimlicher bewährter Kämpfer wieder keine internationale Klasse zeigen und seine Lieblingenheit beweisen wird, wenn man andererseits auch jenen recht geben muß, die dem Dänen einen alten Fleck über unkrone Meiler prophezeien. — Der endgültige Kampfbericht erscheint mit mehrmaliger Ueberschrift und genauer Schilderung des Ganges, jedes Stöches, unter genauer Benennung aller die als Schiedsrichter, Zuschauer, Buchhalter und Zeit weis sind noch zu der Glorie des Kampfes beizutragen. — Zum Schluß ein rühmlicher Aufschluß: Die Lehren des Kampfes... — Summa summarum: vier bis fünf Spalten, dreimal mehr, als dem Sturz des Kabinetts zur Verfügung standen, jedoch mehr, als für die Besprechung der letzten Brennerie in der Volkshöhe aufbewahrt werden konnten, zwanzigmal soviel, als für den Bericht über den nach schmerzlichen Kampfe errungenen neuen Reichstagsrat der Arbeiter verstanden werden...

Über mit den Sportbelegten der Tageszeitungen ist es nicht genug. Daneben stehen die besonderen Sportzeitschriften, zwei Duzend oder mehr, anderhalb Duzend für den Mannsport, ein halbes für den Radsport, drei oder vier für den Wassersport, andere für Mittel-, für Kampfsport, „Transport“ und weiß der Himmel, was sonst für Sport noch mehr.

Es soll ja immer noch Leute geben, die nicht wissen, wer Jentsch und Tanel sind; die, wenn sie etwas von Bismard hören, an den ehemaligen Kanzler statt an den König der Hindenburgbahn denken; die nicht wissen, was es heißt: „nach Hau's Leben“, „die Hufe zeigen“, usw.; die sich nichts darunter vorstellen können, daß ein Führer der Massen Bewegung verfaßt; die von einem Rekonstruktions nur aus der Gefähr-

stunde (oder dem Lady-Hamilton-Film) wissen, aber keine Ahnung davon haben, daß man bei diesem Wort zunächst an den Geist beim Ringkampf zu denken hat. Im allgemeinen darf man aber doch, Gott sei dank, feststellen, daß die Zahl derartig ungebildeter Menschen gering ist, und daß überall dort, wo Bildung und Besitz sich ein Stelldichein geben, in den Bildsäulen, Tanzsäulen, Cafés und Nachbars, die Behandlung sportlicher Themen mehr und mehr in den Vordergrund tritt.

Indessen, auch die Nicht-Besitzenden fangen nicht mit Interesse. Ist es nicht rührend, zu sehen, wie so mancher, der den Besuch eines anständigen Theaters wegen der hohen Preise ganz aufgeben und bei dem 10-Mark-Bestritt sogar aus der „Vollstunde“ auscheiden mußte, willig und freudig zwanzig Mark opfert, um den Entschuldigungskampf zwischen Will Hüßli, genannt der Stier von Urg, und Bernhard Müller mit anzusehen zu können?

Die Freude am Sport beginnt sogar schon der Liebe zum Kino ernstlich Konkurrenz zu machen. Das größte Kino der Welt und Berlin schloß keine Karten, um einer Sporthalle mit ausgewählter Rennbahn um Platz zu machen. Muß noch gesagt werden, was das bedeutet will?

So, ja, wir sind ein sportliebendes Volk geworden. Die Dichter hungern, und ein Klient der Nationalbank, Doktor, Verfasser mehrere wissenschaftlicher Werke im. Orient monatlich — viellecht — fünfhundert Mark. Ueber die Größen unserer Rennbahnen, Ringe und Sportplätze, die lassen wir nicht zu kurz kommen. Die verdienen Zehntausende im Monat. Denn wir sind ein Kulturvolk.

Republik.

Die Not der Volkshochschulen. In den Tageszeitungen ist in der letzten Zeit häufig die Rede von der Not der deutschen Wissenschaft, unter besonderer Beziehung auf die wissenschaftlichen Bibliotheken. Zur Vermeidung einer einseitigen Darstellung der herrschenden Meinung ist es wichtig, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die vollständigen Bibliotheken nicht in noch größerem Maße unter diesen Verhältnissen leiden. Unsere modernen Volkshochschulen (Stadtbibliotheken, Arbeiterbibliotheken) werden von Angehörigen aller Volksschichten und Berufsständen aufgesucht, vor allem auch von strebenden Personen aus dem Arbeiterstande, die Verbindung zur Wissenschaft und den Geisteswissenschaften unseres Volkes suchen. Da überdies die bestehenden wissenschaftlichen Bibliotheken bei weitem nicht ausreichen, um den an sie gestellten Anforderungen zu genügen, so müssen hier die größeren Volkshochschulen einspringen und werden vielfach von Studierenden in Anspruch genommen. In mehr der Verarmung der herrschenden Volksschichten es dem entgegen unmöglich macht, Bücher und Zeitschriften auch nur in bescheidenem Maße zu erwerben, um so mehr ist die Verarmung der Gemeinden, die in der Regel die Träger der vollständigen Bibliotheken sind, also zu tun, um die Anschaffung von Büchern und Zeitschriften zu ermöglichen, auf die die Öffentlichkeit unter allen Umständen ein Recht hat. Wird es verkannt, durch die Gewährung ausreichender sonstiger Mittel den Bücherbestand zu vermindern und zu ergänzen, so ist es die unabweisliche Folge, daß die entstehenden Lücken in der Zukunft niemals ausgefüllt werden können und daß die Bibliotheken, die heute stärker denn je in Anspruch genommen sind, durch Abnutzung zugrunde gehen und damit ein überaus wert-

Diktaturfreiheit.

Der Zarenmörder gegen Lenin.

Die Berliner russische sozial-revolutionäre Tageszeitung „Wolok Koffi“ veröffentlicht ein von der Sowjetregierung anlässlichlich für Mitglieder der kommunistischen Partei herausgegebenes Schriftstück, das eine Auseinandersetzung Lenins mit dem kommunisten Wjatsnikoff enthält, der dem Vorsitzenden der Volkskommissare vorhält, daß die Arbeiter in Sowjetrußland vollständig der Freiheit beraubt worden sind. In seiner Antwort an Lenin sagt Wjatsnikoff u. a.: „Wenn ich mich frei bewegen kann, so verbanke ich es der Tatsache, daß ich seit 15 Jahren Mitglied der kommunistischen Partei bin und daß meine kommunistischen Anschauungen durch langjährige Verbannung und Zuchthaus bekräftigt erschienen. Wäre alles das nicht der Fall, wo wäre ich dann heute? Natürlich in einem Zuchthaus-Befängnis, oder man hätte eine „Blut“ injiziert und mich dabei umgebracht, wie ich es selbst seinerzeit mit Michail Romanoff (dem Czaren) getan habe und wie man Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aus der Welt geschafft hat.“

Der größte Hilfstransport für Rußland.

In Steitin liegt seit Wochen fertig beladen und nur durch die starke Eisdichtung an der Abfahrt verhindert, ein neuer großer Transport des Auslandskomitees für die Hungernden in Rußland. Dieser Hilfstransport ist der größte und reichste, der bisher aus einem europäischen Hafen für die Hungernden nach Rußland abgegangen ist. Er besteht u. a. aus: 540 000 kg Roggenmehl, 75 000 kg Roggengetreide, 15 000 kg Weizenmehl, 800 Häfen vollständiger Margarine, 12 000 kg Speck, 10 000 kg Salz, 50 000 kg Obst, 20 000 kg Kaffee, 10 000 kg Raggenplatten und einer großen Ladung — gegen 800 Rifen — Kleider und Schuhe.

Trohende neue Wisernte.

Die Moskauer „Pravda“ weist in einer Artikelreihe aus der Feder leitender Wirtschaftsbeamter auf den unangünstigen Verlauf der Beschaffung und des Abtransports von Saatgetreide für das Hungergebiet hin, was eine neue furchtbare Katastrophe für das nächste Jahr androhe. Der Dezember sei für die Aktion völlig verloren gegangen, und im Januar sind von den im Innern zu beschaffenden 10 Millionen Pud Saatgetreide nur etwa 8 Millionen zu den Eisenbahnstationen herangeführt und davon nur 6,5 Millionen verladen worden. Der Schwerpunkt der Aktion ist auf den Februar verlegt worden, wo noch der Abtransport des amerikanischen Saatgetreides die Eisenbahnen stark in Anspruch nehmen werde. Selbst wenn die in Aussicht genommenen Saatenmengen voll beschafft würden, sei bei der gegenwärtigen Zerstückelung des Transportwesens eine Verzögerung bei der Verteilung des Saatgutes in den Wintergebieten nicht mehr abzumenden, um so mehr, als es dort nur wenige Eisenbahnen gebe und der Untergang und die Entkräftung des Viehes dem Transport weitere Schwierigkeiten bereite. Auch könne die Bodenbefeuchtung infolge der stetig fortschreitenden Entkräftung der Bevölkerung und des Viehes teilweise überhaupt nicht mehr durchgeführt werden.

Die kürzlich aus Sveratow in Stockholm eingetroffene Delegierte der Schwedischen Liga zur Rettung der Kinder stellt in ihrem Bericht die Berechnung auf, daß in den Hungergouvernements bis zur neuen Ernte weitere 9 Millionen Menschen dem sicheren Hungertode anheimfallen müßten.

Gebühren der Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher und Notare. Der Preussische Staatsrat beschäftigte sich am Dienstag mit den Gesetzentwürfen über die Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher, der Notare und der Gerichtskosten. Dazu lag ein Antrag des Verfassungsausschusses vor, der die Erhöhung der Gebühren für notwendig hält, aber die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze, insbesondere für die Weistulen bis zu 100 000 Mark zu hoch hält. Die Erhebung einer Weistulengebühr der Notare wird in der vorgeschlagenen Form für unannehmbar bezeichnet. Nachdem ein Regierungsbevollmächtigter keine Zustimmung zu dem Vorschlagsantrag ausgesprochen hatte, wurde dieser angenommen.

oller Bücherbesitz geepfert wird. Ganz besonders ist es aber die Pflicht der Gemeinden, dafür zu sorgen, daß der Reichskriegensbestand der Bibliotheken auf keine Weise geschmälert wird, sondern im Gegenteil alle Zeitschriften ausgesetzt werden, die dem beruflichen Interesse der Leserschaft zu dienen geeignet sind. Hier kleinstlich zu verfahren, um ein paar tausend Mark zu sparen — denn es handelt sich doch im Vergleich zu anderen Ausgaben um eine ganz geringfügige Summe —, hieße auf eine Kulturpolitik verzichten, die mit bescheidenen Mitteln Großes erreichen kann. Wann es sonst um ein paar hunderttausend Mark mehr oder weniger nicht ankommt: warum werden dann den öffentlichen Bibliotheken häufig die Zehntausende versagt, die für ihre Erhaltung und für ihre Wirksamkeit von entscheidender Bedeutung sind? Wie sollten endlich so weit sein, um dem oft wiederholten Satz entsprechend zu handeln: es gibt keine produktivere Ausgabe als für Volksbildungszwecke, und uns dabei zu verneinenswürfen, daß kein Gebiet der öffentlichen Bildungspflege existiert, bei dem mit geringen Mitteln so viel geleistet werden kann, wie gerade hier.

Eine Arbeitsgemeinschaft für Handwerkskultur. Die großen deutschen handwerklichen, künstlerischen und kunstgewerblichen Verbände haben jetzt ein Hebrerikommen getroffen, das zum Schutze des heute so schwer bedrohten deutschen Handwerks vorzuziehen werden kann. Nach einem Vortrage des Reichsstatistikars Dr. Redels über künstlerisches und handwerkliches Können wurde in Hannover, um eine Erziehung der öffentlichen Meinung zu richtiger Einschätzung handwerklicher Qualitätsarbeit einzuleiten, der Reichsverband, der Bund der Kunstgewerbler, der Reichsverband der Deutschen Handwerker, der Bund der Kunstgewerbler und der Deutsche Bund für Heimatschutz zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Das Kuratorium der „Deutschen Studien“ erfüllt. Der Reichspräsident hat in des unter seinem Vorstehende Kuratorium der „Deutschen Studien“ folgende Herren ernannt: Herr Hart Hauptmann, den Rektor der Berliner Universität Kernl. Die Universitätsprofessoren Troelich-Berlin, Beyerle-München, Haber-Berlin, letzteren zugleich als Vertreter des Verbands deutscher Hochschulen, den Konrad Hugo Herzfeld, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Reinart, den Reichssekretär Arzvid Schuff, den Ministerialdirektor Dr. Reich und als Vertreter der Wissenschaftler der deutschen Studierendenschaft den v. d. ins. Schwabach. Das Kuratorium wird in seiner am 24. d. M. stattfindenden konstituierenden Sitzung über die nächsten Schritte fassen, nach denen die der Stiftung einfließen zur Verbesserung der 5 Millionen Mark zur Förderung des Gebiets besonderer Arbeit mit besonderer Komplexion verwendet werden sollen. Die nächsten Bestimmungen über die Bewerbung um solche Anwendungen werden ebenfalls bekanntgegeben werden.

Beisitzer als Schnellläufer. Der Großstadtschlichter bewegt sich nicht gerade in übermäßig schnellem Tempo fort, dafür hat er sehr viele Treppen zu steigen. In jenen Ländern aber, in denen die Annehmlichkeiten weit entfernt von der Eisenbahn und voneinander im Innern unzulässiger Gebiete liegen, muß der Beisitzer seine

Kaehne und die Justiz.

Zu dem Fall Kaehne macht uns eine Persönlichkeit einige Mitteilungen, die in dem letzten Potsdamer Prozeß gegen v. Kaehne jun als Geschworener mitgewirkt hat. Wir entnehmen den Schilderungen folgendes:

Zur Verlesung der Akten ging hervor, daß v. Kaehne vom Gericht in Werder dreimal wegen Schießerei — immer nur mit Gelbstrafe — bestraft worden ist. Außer dem im „Vorwärts“ erwähnten Fall, wo er einem Zimmermann durchs Bein schoß, hatte v. Kaehne jun.

einem Fischer durch den Arm und einer Frau durchs Auge geschossen.

R. machte den Eindruck eines wenig intelligenten Menschen. In dem gegenwärtigen Prozeß handelte es sich um drei Schüsse, die R. auf die Insassen eines Automobils abgegeben hat. Der Verteidiger R.'s machte von dem Ablehnungsrecht in der Weise Gebrauch, daß auf die Geschworenenbank fast nur Fabrikbesitzer, Inspektoren, ein General u. d. ufm.

kamen, während Wertmeister, Handwerker usw. abgelehnt wurden. Da zur Befragung eines Schuldigen acht von zwölf Geschworenen zustimmen müssen, kann man die Bedeutung dieser Zusammensetzung leicht ermessen. Wenn auch anerkannt werden soll, daß Seiten wie Berufsrichter in ihrem Sinne gerecht zu urteilen glauben, so waren sie nach ihrer ganzen Weltanschauung doch nicht in der Lage, ein dem Volksempfinden entsprechendes Urteil zu fällen.

Vor allem aber verfiel in diesem Prozeß die Staatsanwaltschaft völlig. Die Anklage lautete ursprünglich auf versuchten Totschlag, diese ließ jedoch der Staatsanwalt fallen und ersuchte die Geschworenen nur, die Frage nach Bedrohung zu bejahen, was auch geschah.

Nach dem Wahrspruch der Geschworenen war nun der Angeklagte wegen Bedrohung zu bestrafen, wofür das Gesetz als Höchstmaß drei Monate Gefängnis vorsieht. Wiederum war nicht einzusehen, weshalb bei den Vorstrafen der Angeklagten der Staatsanwalt nur sechs Wochen Gefängnis beantragte. Das Gericht glaubte, da bei kurzen Freiheitsstrafen gewöhnlich Bewährungsfrist eintritt, den Angeklagten mehr zu treffen, wenn es ihm eine größere Geldstrafe auferlegte. Die festgesetzte Strafe von 10 000 M. bedeutet allerdings für v. R. gar nichts, da die Agrarier 10 000 M. heute an einem einzigen Wagon Kartoffeln verdienen. v. R. hatte auch das Glück, daß der Hauptbelastungszeuge krankheitshalber ausbleiben war.

Der Hauptschuldige ist aber sicher der alte R., um den es sich bei dem jüngsten Verbrechen handelt, weil er seine Kinder zu diesen Schießereien erzogen hat. Zur Erklärung der ganzen Verhältnisse dient vielleicht die Mitteilung, daß ein großer Teil der Bevölkerung von Kaehne wirtschaftlich abhängig ist. Das trifft auch zu auf den zuständigen Gemeindevorsteher, der — von Secus Mauricepolder — Bauarbeiten auf Schloß Behow hat und sich wirtschaftlich ganz in der Hand der allgewaltigen und gewalttätigen Familie v. Kaehne befindet.

Ein „Kaehne“-Fall in Rüdzig. — wegen eines Weihnachtsbaumes erschossen!

Aus Rüdzig i. M. wird uns ein Fall mitgeteilt, der in mancher Beziehung an die Methode Kaehne erinnert. Am 23. Dezember 1921 wurde der Maurer Adolf Büllner von dem Verwalter August Starginski zu Langenbrünne in der dem Gutbesitzer Rastan gehörigen Forst erschossen. Der Erschossene wollte sich — wie zu gestanden wird — einen Weihnachtsbaum in der Forst holen. Dabei wurde er von Starginski, der sich in Begleitung des Försters Willi Koffler befand, erschossen. Auch hier behauptet der Täter Notwehr. Dem aber steht entgegen, daß St. und B. mit Gewehren bewaffnet waren, während B. waffenlos war. Der Schuß ist aus aller nächster Nähe abgegeben worden, und zwar in den Rücken des Erschossenen, der einen Rückschlag trug. Die Wundung des Gewehrs muß dabei dem Erschossenen ganz nahe gewesen sein, denn der Rückschlag hat eine Brandstelle und sogar der Hitzspray, der die Schrotladung umhüllte, befand sich im Körper des Erschossenen. Die Wächter sollen vom Besitzer

Beine gehörig in die Hand nehmen, wenn er nicht allzu spät zum Ziele gelangen will. In Südafrika werden deshalb nur Eingeborene zu Briefträgern erwählt, die als Schnellläufer vorzuziehendes leisten. Wie sich in Nordbrabant die Briefbeförderung vollzieht, davon erzählt ein Heftchen ein interessantes Bild: „Der Postzug ist in Broten Hill angekommen, und der Postmeister nimmt die Briefbeutel in Empfang, in denen die Schreiben für die Ansiedler aus aller Herren Länder enthalten sind. Das Sortieren geht unter dem Beistand einiger Schiffe ziemlich rasch vorwärts, und dann sind einzelne Borden zurechtgemacht, die nicht mehr als 50 Pfund wiegen dürfen, das Höchstgewicht für den eingeborenen Briefträger. Die Wege laufen nach allen Richtungen. Die Hauptstraße geht von Broten Hill nach Rosanga am Tanganjika-See, etwa 1000 Kilometer, und von Rosanga nach mehreren 100 Kilometer nach dem südlichen Teil des Tanganjika-Gebietes zu den verschiedenen Beamten und Missionaren. Die Briefträger verlassen Broten Hill in einem sehr raschen Tempo und jeder von ihnen legt etwa 50 Kilometer zurück. Dann wird das Paket einem anderen Schnellläufer übergeben, der es etwa dieselbe Strecke weiter trägt. Die Träger bleiben an den einzelnen Poststationen und ruhen sich hier aus, bis sie bei der nächsten Postbeförderung wieder ihren Schnelllauf beginnen müssen. Bei Nacht macht der Briefträger an einem kleinen Feuer Halt, an dem er sich wärmt und durch das er nächtliche Besucher erhält. Löwen sind nämlich immer in der Umgegend, und der Eingeborene muß sich sehr vorsehen, wenn er seine wertvolle Last unversehrt der Abholung übergeben will. Ungehindert wartet alles auf die Post, die diese raschen Läufer bringen. Man kann ihr Eintreffen fast auf die Minute voraus berechnen. Um 3 soll er kommen. In der keinen Poststation steht eine dicke Schär mit der Uhr in der Hand. „Noch nicht zu sehen? Jetzt ist nur eine Minute vor 3.“ „Hurra! Da ist er.“ Und eintausend stürmt ein schwarzer Gefelle heran und wirft das Paket mit einem erleichterten Seufzer nieder. Sämtlich ist es aufgeschürt, und nun beginnt die Verteilung.

Kampf für deutsche Südsüdafrika. Das „Walle-Abendblatt“ führt auf den drei Seiten seines rationalen Teiles einen erbitterten Kampf für deutsche Südsüdafrika, gegen Schlemmer, Luxus und Nothilfe. Im Infernatteil sieht's anders aus. Da stoßen wir auf folgenden Text:

Das aus- und ungezogene Weltkollaborat ist (wir lassen den Namen weg, da wir für das Institut keine Reklame machen wollen) Solo Bach und ihr Schicksal. „Auf doch nicht immer naht herum“, Maßstab des I-Theaters.

Worne mit Brunner, Hiten mit Solo Bach, so macht man das Geschäft! Denn wir sind überzeugt, daß in dieser Zusammenstellung das Walle-Wort die Höhe seiner moralisierenden Botschaft vollkommen richtig getroffen hat.

Bankier-Wähe. Das Virus-Red der freien Welt ist am Sonntag, den 23. des Neuerzeiter, Ball am Bahnhofsplatz, den 25. Ball, welche in den Räumen der Scala, Pultze, 22/24. Die Kollaborate für das Reich-Red ist in der Galerie Müller, Potsdamer Straße 114, für den Neuerzeiter-Ball in der Kunsthandlung Blau, Sächernstr. 7.

Das erste private Kollaborat in Russland. Der Ros. teneur Komit vernünftige die Weltanschauung eines großen Kollaboratens, an dem in erster Linie Kollaborat beteiligt ist.

Die Weisung erhalten haben, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Auch in diesem Fall ist das Verhalten des Amtsvorstehers zu bemängeln, der die Leiche nach dem Gehöft des Kollaborat transportieren und dort in einem Schwoelstall (!) auf Stroh legen ließ, noch ehe die Gerichtskommission zur Stelle war.

Vor kurzem ist uns auch ein ähnlicher Fall der Erschießung aus Pommern gemeldet worden, ein Zeichen, daß die Großgrundbesitzer allenthalben sich einbilden, eine Art Schießprivileg zu haben. Die Justiz tut freilich das Ihrige, sie in diesem Glauben zu belassen.

Sozialistische Regierung in Braunschweig.

Braunschweig, 21. Februar. (W.B.) In der heutigen Landtags-Sitzung wurde die Wahl der neuen Regierung vollzogen. Es wurden mittels Stimmzettel gewählt die Minister Friedrich (Sozialdemokrat), Grotewohl (Unabhängiger), Steinbrecher (Sozialdemokrat) und Wesemeler (Unabhängiger) mit je 23 Stimmen und August Junke (Unabhängiger) mit 27 Stimmen. Die rechtsstehenden Parteien hatten 26 unbeschriebene Zettel abgegeben. Bis auf Wesemeler gehörten alle Minister der bisherigen Regierung an.

Ernährungsdebatte im Reichstag.

Im Reichstag wurden gestern zunächst Anfragen erledigt und dabei dem Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.) erwidert, daß mit den Ländern vereinbart sei, das Schuljahr einheitlich im Frühjahr zu beginnen. Die bayerischen Bedenken seien zurückgestellt worden. — Weiter erklärt die Regierung, daß Erfolg für Kriegsschäden nur Reichsangehörigen gestattet werden könne. Das Remeland sei aber nicht mehr Reichsgebiet; berechnigte Ansprüche fänden wohlwollende Prüfung. — Auf eine Anfrage wegen Zurückhaltung der achthährigen Tochter Marcella des Arbeiters Henmann in Frankreich antwortet Geheimrat Legationsrat v. Schnitzler, die deutsche Botschaft in Paris habe das Auslieferungsverfahren energisch betrieben, die französische Regierung habe aber bisher den Vorstellungen keine Folge gegeben. (Hört! hört!) Da die französische Regierung inzwischen die Herausgabe aller noch in Frankreich befindlichen deutschen Kinder angeordnet hat, ist von der deutschen Botschaft zur Freilassung dieses Kindes ein neuer Versuch unternommen worden.

Es folgt nun der Nachtragsetat, aus dem unter anderem widerrechtliche Wirtschaftshilfen

an Beamte usw. an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen gewährt werden sollen.

Abg. Frau Rynek (Soz.):

Das Reichsfinanzministerium hätte besser gehandelt, wenn es bei Zeiten den Forderungen der Gewerkschaften mehr Verständnis entgegengebracht hätte. Wir verlangen dringend, daß in der Befoldungsfrage den veränderten Verhältnissen und der wachsenden Leistung mehr Rechnung getragen wird. Wir wissen, daß das Reich nicht alle Forderungen erfüllen kann. Aber die Entzweiung der Beamtenliste war und ist berechtigt, weil sie Entgegenkommen beim Reichsfinanzministerium nicht gefunden hat. Die Zulagen der oberen Beamten sind unverhältnismäßig hoch. Die höheren Gehälter dürfen nicht noch höher werden. Kommt die versprochene grundsätzliche Regelung bis zum 1. April nicht, dann kann das läßliche Folgen nach sich ziehen. Die widerrechtlichen Wirtschaftshilfen keineswegs unsere reine Freude finden. Wir behalten uns vor, unsere Stellungnahme im Ausschuss ausführlich darzulegen. Unsere endgültige Zustimmung kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Gehälter der unteren und mittleren Beamten erhöht werden, wie das den neuen Verhältnissen entspricht und daß gegenüber den im Geld erstickenden Kreisen die

Politik der Getreide

aufführt. Die Verbilligung der Nahrungsmittel durch die oft in die Welt hinausgeschickte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ausgeblieben. Die Milliardenverluste an die Agrarier sind unerträglich. Wir waren immer gegen die überhöhten Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Erfahrungen haben uns recht gegeben. Der Spekulation und dem Wucher sind Tür und Tor geöffnet worden. Nun ist der Brotpreis um 75 Proz. erhöht worden und wir sind glücklich, soweit, daß heute

Amerikanisches Weizenmehl billiger als das deutsche Mehl

ist. (Hört! hört! links.) Das Umlagerverfahren sollte 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide einbringen. Bis zum 31. März wird jedoch nur mit 1 180 000 Tonnen gerechnet. Welche Bezirke sind noch im Rückstand mit der Umlagerung und mit wem? Welche Strafmaßnahmen sind in Aussicht genommen? Das Volk hat ein Recht auf Klarheit. Der Mehrerlös aus dem Brotwucher ist den großen Besitzern zugeflossen, denselben Deuten, die es in der Kunst der Steuerhinterziehung zur Virtuosität gebracht haben. Es muß die Frage geprüft werden, ob nicht der Schritt zurück zur Zwangswirtschaft in irgendeiner Form notwendig ist. Soweit sind wir nun, daß in den Arbeiterkreisen die Mütter den Kindern das Brot vorenthalten müssen. Müßten die Leute, die sich wundern, wenn die Erbitterung in den Massen wächst, einige Wochen lang mit dem Einkommen der Arbeiter eine Familie ernähren, dann würden sie wohl etwas Besseres befehlen. Streiks und neue Hungerforderungen sind unvermeidlich, denn die Preise wachsen ja von Tag zu Tag schneller als die Löhne.

Die Kartoffel ist heute ein Luxusgericht.

Laufende von Familien haben schon seit Wochen keine Kartoffel mehr. Die Landwirte erklären natürlich, sie seien an der Zurückhaltung der Kartoffeln völlig unbeteiligt, der Großhandel allein trage die Schuld. Recht, wo die Meilen gekostet werden, sehen wir nicht, daß die Preise heruntergehen. Jetzt heißt es, die teuren Kartoffeln seien Saatkartoffeln. Also Berlin muß jetzt Saatkartoffeln essen für 3 bis 4 M. pro Pfund! Unter der Zwangswirtschaft war es doch besser. Die gleichen Mißstände zeigen sich beim Zucker, Schokolade und Konfitürenfabriken zahlen natürlich jeden Preis und verteuern so den Zucker schon auf 6,50 bis 8,50 M. das Pfund. Die Kinder der minderbemittelten Schichten, die den Zucker so gut nötig haben wie die Kinder der Wohlhabenden, leiden unter der Preissteigerung. Die Konfitürenfabriken aber vermehren sich wie die Bakterien. Wir sind genötigt keine eingeschmorenen Fremde der Zwangswirtschaft. (Wachen rechts.) Sie dürften doch wissen, daß nicht wir es waren, die die Zwangswirtschaft eingeführt haben. Das Reichs Ernährungsministerium, das die Zwangswirtschaft abgebaut hat, hat die verordnete Pflicht, sich anzustrengen, um Mittel und Wege zu finden, daß das Volk zu Nahrung und Brot kommt. (Wachtler Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Hark (U. Soz.):

Weber die Versprechungen des Ernährungsministeriums noch die der landwirtschaftlichen Organisationen sind erfüllt worden. Der Reichslandbund zeigte soeben in Hannover nicht die Spur von irrendem Verlangen nach Erleichterung. Wodurch wurde von dem großen Hilfswort der Landwirtschaft geredet. Aber schließlich machte man die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion abhängig von entsprechenden Forderungen. Man verlangte: Keine Umlage, kein Konsumenten, keine Preisverträge! (Zuruf rechts: Und keine Streiks!) Sie (nach rechts) die Leuten, die sich über die Streiks entzweielt haben; denn Sie billigen den Massen kein Recht auf menschenwürdige Existenz zu und Sie waren es auch, die den Versuch, beschwerlich gegen die Wucherer und Schieber vorzugehen, vor einigen Wochen hier vereitelt haben. Die Regierung zeigt gegenüber den be-

Kommunistisch-völkische Verbrüderung.

Im Versammlungskalender der „Roten Fahne“ vom Montag

abend finden wir folgende Angriffe:

Kommunistische Jugend!

Schöneberg. Abends pünktlich 1 1/2 Uhr Referat des Herrn Hans Diebow, Leiter des „Deutschen Wochenblattes“, über „Wesen und Ziele des Antisemitismus“. Wir fordern alle Genossen, auch die anderer Gruppen, auf, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Jugendheim Schöneberg, Wartburgstraße 18.

Herr Hans Diebow (Diebow ist ein Studientler der „Roten Fahne“) zeichnet verantwortlich für das Blut des Herrn Knippel-Kunze. Diesen Vertreter des mächtigsten Pogromantemittels besetzt sich die kommunistische Jugend zum Referenten! Das Spandauer Beispiel, too zwischen Kommunisten und Deutschsozialen kaum noch ein Unterschied zu merken ist, scheint zu wirken.

Referat für den Ubel. Eine Werbung über Veronalveränderungen im Stabe des Chefs der Heeresleitung betrifft folgende Offiziere: Freiherr Arch von Kreffenstein, Oberst Ritter von Sand, Oberst Ritter von Ruch, Oberstleutnant Freiherr v. Weiden. — Kleine Anfrage: Gibt es auch bürgerliche Offiziere im Stab der Heeresleitung?

trügerischen Angaben der Landwirtschaft über ihre Produktionsfähigkeit eine unverantwortliche Pöflichkeit. Nach neun Monaten hat der Reichs Ernährungsminister die hier mitgeteilten Betragereien mit den Maisbezugszahlen noch nicht zur Beirufung gebracht. (Hört! hört! links.)

Abg. Schiele (Droht): Die Maisheine sind zurückzuführen auf eine im Ausschuss und im Plenum angenommene interfraktionelle Entscheidung. In diesem Jahre sind

nur 300 000 Zentner Kartoffeln zu Speltus verarbeitet worden, so daß mehr Kartoffeln für die Volksernährung freigegeben werden. Infolge der Kälte konnten die Säcke nicht beliefert werden. (Rufe links: Und vorher?) Vorher hatten wir eine mangelhafte Waggengestellung. (Zuruf bei den Komm.: Und jetzt?) Jetzt können die Kartoffeln nicht so schnell aus der Erde herauskommen. Die Preise sind gestiegen, nur der Landwirt soll keine höheren Preise nehmen. Die geringen Böden sind bei der Umlage nicht mehr rentabel. Die

Umlage hat dem Volk nicht das Brot gesichert, sondern der Landwirtschaft eine ungeheure Steuer auferlegt und den Brotpreis noch erhöht. Wir verlangen vernünftige Vorratswirtschaft, wie schon Kautz und der Alte Fritz.

Abg. Höllein (Komm.): Die Ernährungspolitik bringt den Hunger. Der Hunger bringt die Streiks und die schmerzliche Regierung will die Streiks niederschlagen. Groener führt sich bei seiner Schärfsinnigkeit gegen die unteren Beamten auf die oberen Beamten. Wie Groener, so ist auch Sieberis nur ein Werkzeug in der Hand seiner Gehirne.

Reichs Ernährungsminister Hermes:

Nach dem Stand vom 20. Februar beträgt die abgefertigte Getreideumlage 2 250 000 Tonnen. Ich hoffe, daß das ganze Umlagerfeld herankommt. Das Umlagerverfahren war der erste Schritt zur freien Wirtschaft. Die Landwirtschaft braucht die Bewegungsfreiheit, aber bei der Unklarheit der außenpolitischen und der völligen Ungewißheit der ganzen Wirtschaftslage kann die volle Bewegungsfreiheit noch nicht hergestellt werden. Der Streit: freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft? ist zwecklos und unfruchtbar. Das „Korrespondenzblatt“ des U.B.B. hat die Politik des Reichs Ernährungsministeriums auf dem Gebiete der Fleisch- und Getreidezufuhr geklärt. Wenn ich das Bestreben der deutschen Landwirtschaft nach völlig freier Getreidewirtschaft begrüße, dann muß ich aber doch auf der anderen Seite bedenken zurückweisen, wie sie auf dem Landbunttage in Hannover gehalten wurden. Der Abg. Lind erklärte dort,

Die verfluchte Judenzwangswirtschaft

habe in der Heimat Kinder und Weibe gequält, als die Männer im Felde waren; die Liebesgaben seien nicht in die Hände der Verbraucher gekommen, weil die verfluchte Judenhand an Karlsruhendamm, die Reichsgetreidekasse, dazwischen lege. Ich wolle diese Verhinderung pflichttreuer Beamten mit aller Entschiedenheit zurück. — Die Angaben und Berechnungen des Abg. Hery sind ja als unzuverlässig bekannt. Es sind 140 000 Schweine abgetötet worden, die in die Großstädte geliefert werden. Das Fleisch wird übermäßig abgeben an Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Altrentner. Der Maispreis ist nachträglich in den Erzeugerländern gesunken. Die Nachherberausen beruhen auf einer unzulässigen Preisentwertung. Schon im März 1921 — also bevor die Angriffe auf die Maispolitik erfolgten — hat die Reichsgetreidekasse in einem Rundschreiben an die Fremdenverbände eine Überprüfung der angelegten Verträge angeordnet. Es hat sich tatsächlich herausgestellt, daß in weitgehendem Maße über die Richtlinien der Reichsregierung hinaus Preiszusätze abgeben worden waren. (Beifall links: Hört! hört!) Auch ich habe eine Überprüfung der Geschäfte der Reichs Ernährungsverbände angeordnet und sie begann am 3. Mai 1921. In diese Überprüfung wurden auch die am 2. Juli 1921 vom Abg. Schmidt-Röpench zur Sprache gebrachten Unregelmäßigkeiten bei der Ausstellung von Beanspruchungen einbezogen. Es wurden Säcksproben vorgenommen. Täglich sind

zahlreiche Mißstände vorgekommen.

(Hört! hört!) Die Reichsgetreidekasse hat daher auf meine Anordnung hin eine genaue Nachprüfung sämtlicher Kommunalverbände veranlaßt. Von insgesamt 570 Kommunalverbänden sind 333 einer Überprüfung unterzogen worden. Bei 127 hat sich eine einmütige Beschäftigung herausgestellt, bei 209 jedoch sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Gegen die Preislisten wird eingeschritten. Soweit möglich, wird der Schein kassiert oder, wenn schon geliefert ist, eine entsprechende Geldleistung an das Reich verlangt. Wo Scheine von Landwirten auf betrügerische Weise erworben sein sollten, wird Strafanzuge erlassen. Die bewußten oder fahrlässigen Handlungen der Kommunalverbände vor, dann wird der Kommunalverband haftbar gemacht. Es wurden dazu die Mittel von 4,7 Millionen an und für sich beantragt, die Säcke sollen zu langsam vorgekommen worden und dadurch hohe Ausgaben verursacht worden sein. Die Heranziehung des Meißes war schmerzhaft, es durch das Londoner Ultimatum die Beschaffung der am 1. August fälligen Meißes notwendig wurde. Auch später war die Devisenlage nicht günstiger. So haben die bewilligten Mittel von über 3 Millionen nicht gereicht. Die durch die Fälligkeit der Londoner Ultimatum verursachte Mehrausgabe erscheint jedoch erträglich, wenn man die Wirkung auf die Stärkung der heimischen Produktion und die damit verbundene Förderung der Ernährung sich vergegenwärtigt. Der

Schweinebestand ist gefallen.

obwohl die Schlachtungen im vergangenen Jahre zugenommen haben. So war alle die Maisaktion doch nicht ohne Erfolg.

Abg. Blum (Z.): Die volkswirtschaftlichen Maßnahmen des Ernährungsministers waren keineswegs von Misserfolg befreit. Das Umlagerverfahren freilich ist volkswirtschaftlich unhaltbar. Die Erhöhung der Wohnungsbaubudgets wird in zweiter Lesung angenommen.

Mittwoch 3 Uhr: Vorlesung über die Abfertigung von Ausfuhrdevisen, Reichsmittelangelegenheit, Förderung des Wohnungsbaus, Haushaltsplan. Schluß gegen 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen das Beamtenstreikrecht.

Im Thüringer Landtag haben die Kommunisten eine Anfrage eingereicht. Sie wollen wissen, ob die Landesregierung bereit ist, für die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten, worunter Kommunisten natürlich immer nur das uneingeschränkte Streikrecht verstehen, einzutreten. Der thüringische Ministerpräsident Genosse Fröhlich gab im Namen der Regierung, die wie in Sachen aus Sozialdemokraten und Unabhängigen besteht, folgende Antwort:

„Aus dem Wortlaut der zur Begründung der Anfrage angelegenen Artikel der Reichsverfassung kann das Streikrecht der Beamten nicht ohne weiteres hergeleitet werden. Die Anerkennung des Streikrechts für die Beamten müßte konsequenterweise für die Gemeinschaft das Recht zur jederzeitigen Lösung des Dienstverhältnisses nach sich ziehen. Gegen Entlassung ist aber der Beamte geschützt. Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, elustrierten oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden. Gegen jedes dienstliche Strafverfahren muß ein Beschwerdeweg und die Möglichkeit eines Widerspruches eröffnet sein. Das Vereinsigungs- und Vertretungsrecht, das für die Beamten im Artikel 130 niedergelegt ist, unterscheidet sich wesentlich gegenüber dem für Arbeiter und Angestellte, das in den Artikeln 159 und 165 enthalten ist. Die Worte aus Artikel 159 „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ fehlen im Artikel 130. Daraus erhellt der Unterschied zwischen den Verfassungsrechten der Beamten auf der einen Seite, der Arbeiter und Angestellten auf der anderen Seite. Daraus ergibt sich, daß die umstrittene Frage, ob den Beamten das Streikrecht zusteht, der gesetzlichen Regelung bedarf. Das Staatsministerium wird eine solche Regelung bei der Reichsregierung zu fördern suchen.“

Die Unabhängigen in Thüringen haben sich also genau wie in Sachen gegen das Streikrecht der Beamten aussprechen müssen. Im Reichstag aber hatten sie den Willen, die Regierung zu stützen, die derselben Meinung war. Komische Zustände in der „zielklaren und prinzipienfesten Arbeiterpartei!“

Reichsfinanzminister Dr. Herms irrt sich!

Man kann über den Streik der Eisenbahner denken wie man will, um die eine Tatsache aber kommt man nicht herum, daß die Regierung frühzeitig mit ihren Hilfsmaßnahmen für die Beamten einlegen muß, und zwar auf Grund richtiger Informationen, nicht hinterher und mißverständlicher.

Eine solche irrtümliche Information ist anscheinend die, die den Reichsfinanzminister Dr. Herms veranlaßt hat, im Reichstage zu erklären: „Die Beamtengehälter sind hinter dem Ansteigen der Steuererlöse nicht zurückgeblieben.“

Das ist unrichtig, und wenn sich Dr. Herms auf die Angaben des Statistischen Reichsamtes stützt, so muß er auch wissen, daß die Zahlen nur Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung umfassen, aber nichts von Bekleidung, Genussmitteln oder Beförderungskosten usw.

So z. V. stellen sich:	1913/14	1922
1 Paar Socken mit Knöpfen . . .	4,- M.	80,- M. = 20fache
1 Herrenanzug (Kontaktion) . . .	50,-	2000,- = 40
1 Paar Herrenschuhe . . .	12,50	400,- = 32
1 Herrenhut . . .	4,-	160,- = 40
1 Herrenhemd . . .	3,50	90,- = 25
Daarischneiden . . .	0,35	7,- = 20
1 Straßenbahnfahrt in Berlin . . .	0,10	2,- = 20
1 Stadtbahnfahrt in Berlin (III) . . .	0,10	2,- = 20
1 Briefporto . . .	0,10	2,- = 20
1 Postkarte . . .	0,05	1,25 = 25
1 Telegrammwort . . .	0,05	1,- = 20
1 Glas gewöhnliches Bier . . .	0,10	2,05 = 20
1 Zigarre . . .	0,08	2,- = 25

Bei diesen hier aufgeführten Positionen bildet also das 26fache gegenüber 1914 den Durchschnitt.

Man besagt aber die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Reichsamtes über die Teuerung im März 1921, daß damals bereits die Indeziffer auf 101 stand (wenn man die für 1913/14 ermittelte Teuerungszahl gleich 100 einsetzt), also das 1,1fache, die Teuerung im Januar 1922 aber eine Indeziffer von 164, also das 1,64fache gegenüber 1913/14 aufweist.

Man kann also nicht von Lebenshaltungskosten sprechen, wenn man nur Ernährung, Wohnung und Heizung meint — es ist dies ein falscher technischer Ausdruck des Statistischen Reichsamtes —, sondern man muß dann auch die oben tabellarisch aufgeführten Kosten für Bekleidung, Genussmittel und Beförderungskosten in Betracht ziehen, die mit ergriffenen Kosten zusammen erst die Lebenshaltungskosten ausmachen.

Sind aber erstere um das 1,64fache, letztere um das 26fache im Durchschnitt gestiegen, wie kann da der Reichsfinanzminister

sagen, daß die Beamtengehälter nicht zurückgeblieben seien, zumal er im gleichen Atemzuge anführt, daß ein Beamter in Gruppe 8 neuerdings das 10fache, der Beamte in Gruppe 7 (das sind die Obersekretäre, die die mittlere aller Befoldungsgruppen bilden) nur das 10fache gegenüber 1914 erhält.

Wo ist da der gerechte, wirtschaftliche Ausgleich? Hier das 16,4fache und das 26fache, dort nur das 10fache. Auch die Behauptung, die Beamtengehälter seien doppelt so stark gestiegen, wie die Teuerungsziffern des Statistischen Reichsamtes, ist dunkel; entweder hat der Reichsfinanzminister oder das Statistische Reichsamte doppelt gesehen. Es kommt hier nicht auf ein Spiel mit Worten und Zahlen an, sondern darauf, daß die Gehälter der Beamten nicht zum Schaden des Staates wie der Allgemeinheit der Teuerung erheblich nachhinken, sondern ihr frühzeitig angepaßt werden.

Der Rest darf aber nicht schweigen sein, sondern Ausklärung der Öffentlichkeit und der Regierung, denn statistische Zahlen wollen genau gelesen und verstanden sein. Aber der Reichsfinanzminister hat eine eingehende Prüfung aller Probleme der Beamtenbefoldung zugesagt und da sei ihm vorsehendes als Material überwiesen.

Generalversammlung der Buchbinder.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter nahm am Montagabend Stellung zu den Anträgen für den Verbandstag, der am 15. Mai in Kassel stattfindet. Zunächst gab Kasper über die vorliegenden Anträge einen eingehenden Bericht. Nach dem Vorschlag der erweiterten Ortsverwaltung soll der Zweck des Verbandes erklärende § 2 neu gefaßt werden. U. a. wird beauftragt:

- a) Erzielung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und einer den Lebensverhältnissen angepaßten Entlohnung.
- b) Regelung und Kontrolle der Produktion. Aufhebung aller unterschiedlichen Entlohnung von Männern und Frauenarbeit. Regelung und Kontrolle des Lehrjahrs und der Beschäftigung Jugendlicher. Einführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess.
- c) Einwirkung auf die sozialpolitische Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterklasse, usw.

Hinzugefügt wird in einem Schlusssatz noch: „Der Verband erstrebt die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes.“

Nach langer Diskussion wurde der § 2 in dieser Fassung angenommen.

Im § 6 soll hinsichtlich Verweigerung der Aufnahme die Beschwerde bei der Mitgliedschaft des Ortes, beim Verbandsvorstand, beim Verbandsausschuß und in letzter Instanz beim Verbandstag zulässig sein. — Die Versammlung stimmte diesem Antrag zu.

Dagegen wurde der Antrag, eine den Lohnverhältnissen entsprechende gleitende Beitragskala einzuführen, abgelehnt.

Beschlossen wurde, die bisherige Beitragsklasse — männlich und weiblich — fallen zu lassen und dafür Staffeln einzuführen, nach denen alle Mitglieder, je nach ihrem Verdienst, zu steuern haben.

Beschlossen wurde ferner, den bisherigen § 9 des Statuts, nach dem der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß beauftragt ist, eine wöchentliche Extrasteuer unter gewissen Verhältnissen auszusprechen, zu streichen. Ebenso die in den §§ 26—28 festgelegten Krankenunterstützungen. Dagegen sollen die Unterstützungen in Streit- und Wahrungsfällen ausgebaut werden.

Weiter wurde den Anträgen, daß die Anstellung der besoldeten Gauleiter durch Abstimmung der Mitgliedschaft des Gaues erfolgen, eine Neuwahl nach jedem Verbandstag stattfinden, die Wiederwahl zulässig sein soll, und die Angestellten einer Zahlstelle sich alljährlich einer Urwahl unterziehen müssen, zugestimmt.

Auch die Anträge, welche vom Verbandstag verlangen, den Verbandsvorstand zu verpflichten, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten; sowie beim Graphischen Bund die Tagung eines graphischen Betriebsrätekonferenzen zu beantragen; die Verhältnismäßig nach gebundenen Listen in der Organisation aufzuheben und die Gleichstellung der Entlohnung bei Männer- und Frauenarbeit zu erstreben, wurden angenommen.

Ebenso fanden sechs Verwaltungsanträge, die sich auf interne Angelegenheiten beziehen und ein Heften, der eine Revision der Gehälter der Verbandsangestellten durch Verminderung der Staffelföhe fordert, die Zustimmung der Versammlung. Desgleichen ein Antrag, Jugendabteilungen ins Leben zu rufen und für die Reichsarbeit einen Kollegen anzustellen.

Schließlich gelangte noch ein Antrag Czerny, eine Erweiterung des Tarifausschusses unter Berücksichtigung der weiblichen Mitglieder vorzunehmen und ein Antrag Herzog und Genossen, daß die im Verband Organisierten keiner anderen Organisation angehören dürfen, zur Annahme.

Den Schluß der Versammlung bildete die Wahl einer Anstellungs-Prüfungskommission. Gewählt wurden von der SPD. Plant, Krüger und Frau Schreihart; von der USP. Otto, Selma Peter und A. Peter; von der KPD. Wiesenthal, Emilie Predl und Weibel.

Gewerkschaftskommission des 12. Verwaltungsbezirks (Steglich, Lichterfelde). In der letzten Sitzung wurde zunächst die Taktik der Gewerkschaften während des letzten Eisenbahnerstreiks verhandelt. Die meisten Redner verurteilten das Verhalten des ADGB und übten scharfe Kritik an der Taktik der Spitzenorganisationen. (War die Taktik der Reichsgewerkschaft etwa richtig? D. Red.) Eine Resolution des Genossen Hamann (Komm.) wurde gegen zwei Stimmen angenommen, wonach das Unterlokale Kommando Protest erhebt gegen die Haltung des ADGB, bei dem Streik der Eisenbahner und der städtischen Arbeiter und Angestellten. Die Delegierten des JdA. sollen sich dem Ufa-Druckausfluß anschließen. Da dies im Bezirk nicht möglich sei, wurde einstimmig beschlossen, daß diese Delegierten weiterhin sich und Stimme in der Unterkommission haben. — Den Jahresbericht erstattete Genosse Wöckel. Der Unterkommission sind 20 Gewerkschaftsvertreter angeschlossen. Die Unterkommissionen Steglich und Lichterfelde wurden wegen der Neugestaltung Groß-Berlins verformt. Bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichts- und den Kronenklassenwahlen leistete die Unterkommission die notwendigen Arbeiten. Bei den Kronenklassenwahlen in Steglich entsand die Liste der freien Arbeiter vier Vertreter. In Lichterfelde erzielte die Liste der freien Gewerkschaften acht Vertreter. Eine Verschmelzung der beiden Kronenklassen war von den Ausschüssen der Klassen einstimmig beschlossen. Gestützt auf einen Formfehler wurde von Steglicher Vertretern die Verschmelzung rückgängig gemacht. Zum Weltereinigungsamt sind von der Unterkommission 24 Beisitzer dem Magistrat vorgeschlagen. Dem Kassierer Bartel wurde Entlohnung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Wöckel, Obmann; Bierichent, Stellvertreter; Bartel, Kassierer; Hübner, Schriftführer; Schrumph und Zeiß, Revisoren. Es wurde beschlossen, im 12. Bezirk eine Betriebsräteschule einzurichten. Unentschuldig fehlten in der Sitzung die Buchdrucker und Hausangestellten.

Die Lohnverhandlungen in der chemischen Industrie (Fackergasse I—IV) haben sich verzögert. Die Arbeitgeber erklärten die Forderungen der Arbeiter: Stundenlohn auf 3,30 M., bis Ende März weitere 3 M., für unidiskutabel. Da die Vertreter der Arbeiter sich nicht bereit erklärten ihre Forderungen zu reduzieren, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Rumme wird der Bezirks-Schlichtungsausschuß entsenden. Bis dahin müssen alle Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter die Ruhe in den Betrieben bewahren.

Die Metallarbeiter von Halle lebten das Angebot der Unternehmer und den gefällten Schiedspruch ab. Sollte bis Donnerstag eine befriedigende Lösung nicht gefunden werden, soll der Streik proklamiert werden. — Die in der Metallindustrie beschäftigten Holzarbeiter schließen sich diesem Beschluß an.

SPD.-Buchbinder. Freitag nachm. 5 1/2 Uhr im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinerstr. 44: Wichtige Sitzung der Vertrauensleute, Betriebsräte und Delegierten zur Generalversammlung, in welcher auf den Angelegenheiten und anderen wichtigen Verbandsangelegenheiten Stellung genommen werden soll. — Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung bitten wir um vollständiges Erscheinen. Der Aktionsausschuß.

SPD.-Funktionäre der Eisenbahner. Donnerstag 6 Uhr im Reichsanal der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17, Konferenz. Tagesordnung: Unsere Stellungnahme zu den letzten Vorparlamenten.

SPD.-Funktionäre bei den Verwaltungsbehörden. Heute 4 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 8 Tr. links, Konferenz. Tagesordnung: 1. Die Lehren des letzten Streiks. Referenten: Secklin und Wulfsch.

Deutscher Transportarbeiterverband. Arbeiter, Arbeiterinnen, Aufsicher und Kraftwagenführer aus den Lohnverhandlungen sowie Hilfsbetrieblern: Donnerstag 7 Uhr in den Zentral-Hallen, Alte Jakobstr. 22, Stellungnahme zur Rücknahme des Lohnabkommens. — Section II: Donnerstag 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, Mitgliederversammlung. Wahl der Seilamteilung und der Mitglieder für die Bezirksverwaltung. Mitglieder über 40 Jahre leistungsfähig. — Brande Glas und Keramik, Al-Metall, Ecorce, Kautschuk, Galanterie, Spielwaren und Wiederk: Donnerstag 8 Uhr im Schulstr. Neue Jakobstr. 21/22, Jahresversammlung. — Verhandlung: Gruppenversammlung heute 6 1/2 Uhr in Willes Hallen, Schillingstr. 33. Bericht über die Tarifverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Verband der Gärtner und Gärtnereierbeiter. Freitag 6 Uhr bei Schulh. Lindenstr. 30, Gruppe Gemeindefreier, Vorstanderversammlung. Erscheinen dringlich notwendig.

Kontrollverband der Angestellten. Mitgliederversammlungen. Donners- tag 8 Uhr. Gemeindefreier, Verwaltungsangestellte: 7 Uhr in den Prachtgärten „Alte Berlin“, Blumenstr. 18. — Konfirmierte Bekleidungs: 7 Uhr in den Prachtgärten, Kommandantenstr. 12/14. — Textilindustrie und Färbereien: 7 Uhr in der Neuen Wilhelmsharmonie, Abends 8 Uhr, Str. 26/27. — Textil, Bekleidung, Robert: 7 1/2 Uhr in den Prachtgärten, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Kaufmannsangehörigen: Betriebsversammlung 8 Uhr in der Neuen Wilhelmsharmonie, Abends 8 Uhr im Reichshof, Neue Königstr. 24. — Tapfere: 8 1/2 Uhr im Zweigbüro, Kommandantenstr. 12/14.

Deutscher Metallarbeiterverband. Bezirksverein Berlin 23, Chemie. Donner- tag 7 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in Sauerlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 35, Tarifangelegenheit.

Dinas-Werke. Heute 11 Uhr im Wilhelmshofgarten Versammlung. Funk- tionäre treffen sich 1 Std. vorher im Streiklokal.

Verantw. für den Inhalt: Teil: Franz Althaus, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, über 1. Stock.



Galewsky-Liköre

Spezialität: Breslauer Dom

L. Galewsky & Co. Breslau-Berlin-Danzig. Gegr. 1844

Bis zu 50% billiger

Bei der ganz enormen Preissteigerung sind wir trotzdem in der angenehmen Lage, unseren werthen Abnehmern eine ganz außerordentlich günstige Gelegenheit zum fabelhaft billigen Einkauf zu bieten. Es ist uns gelungen, von einer der ersten süddeutschen Schuhfabriken einen größeren Posten Herren- und Damen-Stiefel und Halbschuhe, modernste Formen, z. gr. T. in Original-Goodyear-Welt, mit kleinen unscheinbaren Fehlern, heranzunehmen. Wir bringen diese in drei Serien zu einem Durchschnittspreis, der bis zu 50% billiger als der Tagespreis ist, zum Verkauf. Aber auch unsere anderen am Lager habenden Schuhe und Stiefel, vorzügliche Qualität, verkaufen wir nach wie vor zu den allgemein bekannt billigen Preisen. Beeilen Sie sich, solange Vorrat reicht.

M. 135⁰⁰

Damen-Schnürschuhe in echt Chrom-Leder und echt R.-Chevr., mit und ohne Lackkappen, auch Lackblatt und Leder-Brandsohle.

M. 250⁰⁰

Damen-Halbschuhe in braun, Wildleder, ganz Lack, zum Schnüren und Spango, schw. Boxcall-Schnürschuhe usw.

Herren-Schnürstiefel mit Lackbesatz, auch schwarz Box-u. R.-Box und Lack-Halb-Schnürschuhe und Pumps usw., alles Original-Goodyear-Welt.

M. 298⁵⁰

Damen-Schnürschuhe, in schwarz Wildleder, Lackverzierung, sowie Damen-Schnürschuhe, in Boxcall, alles in Orig. Goodyear-Welt, mod. spitze Form. Braune Damen-Schnürschuhe in mod. Form, eleg. Absatz, ganz Lack-Schnürschuhe, moderne Form.



Nur: Engros-Etage

Bernada-Schuh

G. m. b. H.

Kronenstr. 32
1 Treppe, nahe der Jerusalemstr.,
Untergrundbahnhof Hausvogteiplatz (auch Durchgang Leipziger Str. 82) vis-à-vis Tietz.

Die Schulreaktionäre des Stadtparlaments.

Pfarrer Koch als Versammlungssprenger.

Die Stadtverordnetenversammlung ließ sich gestern zunächst erträglich an. Nachdem die übliche Einleitung, das „unvermeidliche“ Geschäftsordnungsgerede, mit ungewohnter Kürze erledigt worden war, konnte man verhältnismäßig zeitig an die Arbeit gehen. Eine Stunde hindurch wurde in den die Tribüne enttäuschenden ruhigen Formen verhandelt, die im Rathaus bei den Deutschnationalen wie bei den Kommunisten längst nicht mehr parlamentarischer Brauch sind. Nachher erst kam es, dank dem Ungeschick des Vorstehers, wieder zu dem Koch, ohne den keine Sitzung vorübergehen darf. Vorsteher Caspari glaubt, durch Zurechtweisungen in scheidendem Ton sich den „Respekt“ verschaffen zu können, den man ihm verweigert. Durch diese Manier beschwor er gestern eine Geschäftsordnungsdebatte herauf, die wieder mal nützlicheren und nützigeren Verhandlungen die Zeit stahl. Als in der neunten Stunde die aus dem Ausschuss zurückkommende Vorlage über die Bezirksschuldeputation und den Bezirksschulausschuss für die Verwaltungsbezirke 1-6 herangekommen werden sollte, hatten auf der rechten Seite die Reihen sich schon gelichtet. Darum stellte der deutschnationale Pfarrer Koch den Antrag, die zweite Beratung der vielmehrstrittenen Vorlage von der Tagesordnung abzusehen. Warum er zugleich namentliche Abstimmung beantragte, sah man sofort, als die Fraktionen der rechten Seite den Saal verließen. Die Abstimmung ergab die gewollte Beschlussfähigkeit, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. „Sie haben gut von uns gelernt!“ rief ein Kommunist dem Deutschnationalen Koch zu.

Sitzungsbericht.

Außerordentliche Sitzung vom Dienstag, Eröffnung nach 5 1/2 Uhr.

Ein Dringlichkeitsantrag der D. Sp. auf erhebliche Erhöhung der Sätze für die in Pflege befindlichen Kinder wird angenommen. — Eine Anfrage, die auf die ordnungswidrige Teilnahme von Betriebsratsmitgliedern an Deputationsitzungen Bezug nimmt, geht an den Magistrat.

Gegen das geschäftsordnungswidrige Verfahren des Vorstehers bei der Abstimmung vom 16. Februar über die Deckungsvorlage legt Dörre (Komm.) scharfen Protest ein. Müller (U. Soz.) bedauert ebenfalls das Verhalten des Vorstehers und das rasche Vorgehen des Magistrats in Bekämpfung der Tarifserhöhungen. Von einem Anruf des Oberverwaltungsgerichts verspricht er sich aber nichts.

Ein Antrag Schumacher (Komm.), den Antrag wegen Wieder-einstellung der Streikenden vorweg zu beraten, wird abgelehnt. — Eine Reihe von Anfragen, deren Beantwortung an der Spitze der Tagesordnung steht, bleibt zunächst unerledigt, da die Fragesteller fehlen. — Die Verteilung der für 1921

für die Bezirke I-XX bereitgestellten 40 Millionen an Vorbehaltsmitteln auf die Haushaltspläne der einzelnen Bezirksverwaltungen wird nach dem vom Magistrat vorgeschlagenen Schlüssel beschlossen, wonach 13 Millionen nach der Bevölkerungszahl, 13 nach den Ausgabebeständen, 14 nach der Zahl der Gemeindeglieder zu verteilen sind.

Ein Antrag der D. Sp., bei der Verteilung der 14 Millionen auch die Zahl der höheren Schüler in gewissem Umfang zu berücksichtigen, wird mit 83 gegen 79 Stimmen abgelehnt, obwohl sich Dr. Caspari ausschließlich dafür verwendet.

Bei der Beratung der Vorlage betr. Aufstellung von Grundstücken für die Vergebung von

Arbeiten und Lieferungen an ehrenamtlich tätige Bürger

hat der Ausschuss eine Fassung angenommen, die heute den zahlreichen Rednern der Rechten, speziell der Wirtschaftspartei und den spezifischen Vertretern der Handwerkerinteressen nicht behagt. Von ihnen wird besonders das Argument ins Feld geführt, daß man nicht Bürger zweiter Klasse schaffen dürfe. Von Alinhard (D. Sp.) wird beantragt, daß die Beschränkungen bei der Vergebung

von Arbeiten usw. nicht weiter gehen sollen, als die Städteordnung vorschreibt. Nach langem Streite kommt es zur Auszählung zunächst über den Ausschussantrag. Dieser besagt, daß Magistrats- und Bezirksamtsmitgliedern, Stadtverordneten, Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten im allgemeinen solche Aufträge nicht erteilt werden sollen, sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürgern dann nicht, wenn der Auftrag von der Verwaltung ausgeht, für die sie tätig sind; geschäftlichen Unternehmungen jeder Art sollen solche Aufträge nicht erteilt werden, wenn die vorgenannten Personen leitende Angestellte dieser Unternehmungen oder an ihnen geschäftlich beteiligt sind.

Bei der Auszählung zählt Ulrich (U. Soz.) neben dem vom Vorsteher bestellten Jähler Schalkdoh mit. Der Vorsteher ersucht Ulrich, nicht mitzuzählen und rügt später das Verhalten Ulrichs, der weiter gezählt hat, als abfolat ungebührig. Im Anschluß hieran entspannt sich wieder einmal eine höchst turbulente Szene, deren Vorne eine gute halbe Stunde andauert. Mit den schärfsten Ausdrücken protestieren Gabel, Dörre und Dr. Rosenbergs (Komm.), sowie Ulrich (U. Soz.) gegen das Verhalten des Vorstehers und dessen „ungehörige“ Geschäftsführung. Ulrich erklärt, dieser Vorsteher sei kein unparteiischer Vorsteher; ungebühriger Lärm der Rechten antwortet ihm, Dr. Leidig (D. Sp.): Wir haben keine Lust und beabsichtigen nicht, uns derartige Ungezogenheiten weiter gefallen zu lassen. Heiman (Soz.) legt dar, daß im Geschäftsordnungs-ausschuss die Einführung des Hammelstreichs erwogen, aber angesichts der dazu ungeeigneten Räumlichkeiten wieder fallen gelassen sei. Er beantragt, nun an zwei Zähler zu bestellen; bei der Zählung blieben alle Mitglieder auf ihren Plätzen zu bleiben. — Koch (Dnt.): Ueber diese Einrichtung müssen zuvor die Fraktionen sich beraten.

Der Ausschussantrag war mit 97 gegen 84 Stimmen angenommen worden.

Der Antrag der Kommunisten vom 7. Dezember v. J., der 100 Millionen Mark zur sofortigen

Unterstützung der Sozialrentner und Arbeitslosen

forderte, ist in der Ausschussberatung in folgender Fassung angenommen worden: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, soweit Mittel zur Verfügung zu stellen, damit den Empfängern von Renten aus der Invaliden- und Anstellungsvericherung, die einen Anspruch auf eine Unterstützung haben, möglichst umgehend ein angemessener Vorkursus gewährt werden kann.“ Dieser Antrag wird angenommen, nachdem Stadtrat Weile mitgeteilt hat, daß die Auszahlung in nächster Woche vor sich gehen wird. — Die neue starke Erhöhung des Tarifs für die hiesigen Balken- und Wagnisarbeiten, die der Magistrat am 28. Dezember vorschlugen hat, wird von Claus (U. Soz.) bekämpft, der die Ausschussberatung beantragt. — Stadtrat Peters hebt hervor, daß schon jetzt die Vorkursus mit einem Defizit von 1 1/2 Millionen arbeiten. — Rintorf (Komm.) verteidigt einen Antrag seiner Partei, die Benutzung kostenlos freizugeben. Die Verdoppelung fast aller Sätze, so der Preis des Wannenbades von 2 auf 4 M., werde die Badeanstalten verdrängen lassen. — Dittmer (Soz.): Preisermäßigungen müssen die Vorkursus der Geldentwertung angepaßt werden. Die Nichts-als-Demonstrationspolitik der Kommunisten wird sehr bald Schiffbruch leiden. Den Unabhängigen und Kommunisten leide es in diesem Punkte an Verantwortungsgefühl. In dem Ausschuss für Reihenübungen seien alle mit Ausnahme der Kommunisten für die Erhöhung gestimmt.

Ein Antrag Wehl, für den obligatorischen Schwimmunterricht der Schulen die Anstalten kostenlos herauszugeben, wird durch Auszählung mit 92 gegen 78 Stimmen angenommen. Nach einem Antrag der Deutschen Volkspartei soll der Preis eines Schwimmbades für Kinder von 1 50 auf 1 M. ermäßigt werden. Mit diesen Mobilisationen wird der neue Tarif genehmigt. — Am Antrage der Deutschen Volkspartei vom 17. November betreffend den

Nachweis von Wohnungen außer der Reihe

durch das Wohnungsamt an Personen, die größere Geldbeträge zahlen, hat der Ausschuss einstimmig folgendes beantragt: „Bevorzugungen bei der Zuzählung von Wohnungen und von Räumen zu geschäftlichen oder gewerblichen Zwecken gegen Geldzahlungen sind

unzulässig. Ausnahmen können nur auf Beschluß der Bezirkswohnungskommissionen bzw. der Zentralwohnungsaußschüsse gemacht werden.“ Dieser Antrag wird angenommen.

Der zweiten Beratung der Vorlage wegen Bildung der

Bezirksschuldeputation

und des Bezirksausschusses für die Bezirke 1 bis 6 widerspricht Koch (Dnt.). Kreuziger (Soz.) bezieht auf der endlichen Erledigung der schon ein Jahr schwebenden Sache. Auf Antrag Koch findet namentliche Abstimmung statt. Die Bürgerlichen verließen zum größten Teil den Saal. Das Ergebnis ist, daß nur 90 Mitglieder gestimmt haben.

Damit wird um 1/2 Uhr die Versammlung beschlußfähig.

Spinnrocken und Webstuhl.

Nachdem die Maschine ihren Siegeslauf gehalten hat, sind uns Spinnrocken und Webstuhl eigentlich unbekannt geworden. Ebenso ist für Volkstanz und Volksbräuche gar oft das richtige Verständnis verloren gegangen, und so kann die Volkstanzabteilung bei Weibheim in der Leipziger Straße in vielen Fällen zum Lehrer werden. Zurzeit veranstaltet dort der Lyzeumklub eine Ausstellung, die „Spinnrocken und Webstuhl im deutschen Hause“ betitelt ist. Da kommt das Auge auf seine Kosten und die Qualitätsarbeit versteht es, gar überzeugend und eindringlich für sich zu werben.

Da viele Landmädchen im langen Winter nur wenig oder keine Arbeit haben, so lehrte man sie wieder spinnen und weben. Etlliche arbeiten nur für den eigenen Bedarf, andere aber, um sich einen Verdienst zu schaffen. Auf diese Weise wurde überdies versucht, die Leute sehnhaft zu machen und das Komodieren zu unterbinden. Desgleichen arbeiten viele Siedlerfrauen für den eigenen Bedarf. Großzügiger kann die ganze Sache zwar auf Gütern betrieben werden, wo man Schafzucht treibt. Man sieht in der Ausstellung prächtige handgewebte Stücke, die der Privatbesitz besteuerte. Da sind Kostüme zu bewundern, die die Besizerin getrost 20 Jahre tragen kann, um sie dann ihren lachenden Enkeln zu vererben. Von großem Vorteil ist zudem, daß viele dieser Gewebe mit pflanzlichen Stoffen gefärbt sind. So verhält z. B. das Heidekraut einem schönen Schneiderschiff zu seiner leuchtenden Farbe. Interessant ist die Schauausstellung des Oscar-Helene-Heims. Auf sonderlich für sie angefertigten Webstühlen schufen die dort untergebrachten Krüppel nicht nur hervorragend gute, sondern auch geschmackvolle Waren. Hübsche Muster aus Bierlanden zeigen die passende Verzierung für ländliche Hauskleider. Auch kann man gute Dirndlkleider betrachten. Und daß eine geschickte Kestenerwertung vorzügliche Teppiche ergibt, davon kann man sich ebenfalls überzeugen. Von größtem Interesse ist es natürlich, daß man ein Spinnrad und drei Webstühle in Tätigkeit sieht.

Qualitätsarbeit ist freilich nur wenigen zugänglich. Denn Qualitätsarbeit erfordert entsprechend einen entsprechenden Lohn. Der wird, wie man uns sagt, auch gezahlt, weil trotz anfänglich schwerer Kämpfe die Volkstanzabteilung sich von ihrem Grundgedanken der entsprechenden Entlohnung nicht abbringen ließ.

Der Raubmord in der Telefonstation.

Eine bestialische Tat zweier Schwerverbrecher.

Der an dem 65jährigen Wächter Steink in Seehof bei Teltow begangene Raubmord kam gestern zur Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Harimann. Angeklagt waren der bisher unbescholtene August Pieper und der landwirtschaftliche Arbeiter Bernhard Babischevski, ein schon zweimal vorbehafteter, von Jugend an verdorbener Mensch. Es handelt sich um ein mit Lächerlicher Überlegung planmäßig ausgeführtes Verbrechen, an dem noch ein bisher nicht ermittelter Dritter, der landwirtschaftliche Arbeiter Otto Doffig beteiligt war.

Anweit des Gutes Seehof bei Teltow unterhält die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie eine Telefonstation, die in einem isoliert liegenden Holzgruppen untergebracht ist. Diese Station wurde nachts von dem 65jährigen Wächter Steink bewacht. Am Morgen des 6. Juli 1921 wurde Steink quer über seine Feldbestelle liegend mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. Die Tat ist von den Angeklagten begangen worden.

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidbann.

Stundenweit hatte der Rhein die Felder überflutet. Ohne Regung, sonnenbeschienen, eine Metallscheibe, lag das Wasser da.

Ein Baum stand einsam mitten darin. In seinem Zweigwerk sprangen an allen Ecken und Enden die schmalen Blätter aus den braunen Knospennoten, und über ihm und immer um ihn her lärnte ein tausendstimmiges Vogelvolk.

Auf den Baum zu kam ein junger Mann. Das Wasser ging ihm bis an die Hüften, und er schob die Flut mit den Schenkeln vor sich her. Oft hielt er die Hand an die Augen und sah nach dem Baum hin. Mit vorgebeugten Schultern und weitgesetzten Beinen kam er schnell näher. Um das Gleichgewicht zu wahren, machte er sonderbare Bewegungen mit den Armen. Dann stand er still, hielt die Hände, zu einem Kreis gebogen, vor den Mund und rief: „He, Grete! Bist du da?“

Aus dem Baum kam keine Antwort, aber um so kräftiger, in wachsender Angst und Erregung schritt er aus, und als er unter den breitgebogenen Ästen stand, rief er laut auf in freudigem Schreie.

Ueber zwei Äste gestreckt lag das junge Mädchen da, ihre Arme hielten den dicken Stamm umfaßt, und ihre Beine hingen weit aus dem Kleid hervor.

Der junge Mann stand und sah zu ihr hinauf. Er wollte jubeln, aber nur ganz leise: „Grete —“ kam es aus seinem Mund. Dann griff er schnell und entschlossen in die noch regenassen Äste und zog sich hinauf. Bald war er mit dem Kopf bei ihr, während seine Füße auf dem Ast darunter standen. Er beugte sich ganz über ihr Gesicht, in dem die Augen müd geschlossen waren, horchte auf ihren Atem und legte die Hand auf ihre Brust — ja, sie bewegte sich.

Er betrachtete sie: ihr weiches Kleid war schmutzig und naß und zerrissen, ihre Schuhe und Strümpfe waren mit nasser Erde bedeckt und ihr roter Strohhut verfiel und verbogen. Ueber darunter atmete ihr Gesicht still und leblich.

Er nahm ihre Hände: sie waren warm. Er fühlte mit den Fingern an ihren Armen hinauf, so weit er konnte: auch sie waren warm, so kalt und naß auch das Kleid davon kletzte. Er zitterte in den Armen vor innerem Jubel, beugte seinen Mund und küßte sie auf die Stirn, wie eine Schwester, nahm

ihr Gesicht zwischen seine Hände und betrachtete es und lachte es an, bis sie, wie durch die Gewalt seiner Blicke, endlich die Augen aufst.

Sie lachte schon vorher, noch im Schlaf. Dann, als sie in das Gesicht über dem ihren sah, war sie erstaunt, war sie erschreckt, stammelte sie, indem ihr die Tränen aus den Augen brachen.

Sie wollte in die Höhe in ihrer Freude, aber er drückte ihren Leib hinunter auf die Äste. Sie sahte nach seinen Händen, um ihn zu fühlen, aber er hielt ihr die Arme fest, zog seine Beine aus ihren Ästen hinauf und setzte sich neben sie.

„Sei still und ih!“ sagte er, holte ein Butterbrot aus der Tasche und hielt ihr das an den Mund. Aber sie wollte sprechen und sich freuen, und er mußte ihre beiden Hände mit seiner einen zusammenhalten und ihr mit der andern das Brot zwischen die Zähne stecken. Da biß sie hinein und ah langsam, während ihr ganzes Mädchen Gesicht leuchtete. Sie hatte Hunger, sie ah das ganze, mütterhandgroße Brot und noch ein zweites.

Aber dann lachte sie und atmete mit sattem Magen auf, und er ließ sie los. Gleich sah sie ihn. „Hein, du,“ sagte sie leise und legte ihre Stirn in seine Hände.

Er sah auf sie hinunter und war glücklich. „Ist dir kalt?“ fragte er.

„So warm ist mir,“ sagte sie und nahm seine Hände und jeden einzelnen Finger und drückte sie mit den ihren.

„Du legst wohl nicht sehr weich auf dem Holz da, was?“

„Sehr nicht,“ sagte sie, „mein Rücken tut mir weh genug.“

Er zog seine Jacke aus, brach kleine Äste ab und legte sie über die großen hin. Er breitete die Jacke darüber aus und legte die Freundin darauf nieder.

Sie sah ihm fröhlich und dankbar in die Augen. „Daß du gekommen bist! Was wäre mit mir nun ohne dich?“

„Hast du geglaubt, daß ich zu dir komme? Daß ich dich finden und nach Haus bringen würde? Nein, du! Sieh, ich war noch keine Minute in eurem Haus, als dein Verlobter lachte: „Ja, die Grete ist seit zwei Stunden weg, die ist dir entgegen, die komme ja nicht erwarten, ihren lieben Vetter endlich zu begrüßen — hast du sie nicht getroffen unterwegs? Ich aber schnell den Hut auf und wieder zum Haus hinaus, wieder den Weg zurück. Und da war mir bald klar: die hat abkürzen wollen, ist über den Hügel, hat plötzlich das Wasser gesehen, ging zurück, sah nun auch das Wasser, versuchte doch durchzukommen und kletterte schließlich auf den Baum — es ist ja nichts anderes da als der Baum.“

Sie schmiegte sich an ihn. „Was tun Vater und Mutter?“

„Sie stehen am Gartenzaun und halten Ausschau nach uns.“

„Laß uns fort von hier,“ sagte sie hastig.

„Ach was, sei jetzt nur nicht mehr bang. In einer Stunde, in zwei Stunden hast du wieder trocken Land unter den Schuhen.“

„Kann ich nicht durch das Wasser so gut wie du?“

„Und wenn das Wasser steigt — was dann?“

Er legte sich und streckte sich neben sie aus.

Die Äste beugten sich ein wenig, und die Blätter an den Enden raschelten. Sie taten Arm in Arm, er erzählte ihr, und sie hörte mit großen Augen zu. Sie sah ihm in das sonnenverbrannte Studenten Gesicht, das eine breite Narbe auf der Wange vermerkte, und bewunderte ihn und drückte seinen Arm an sich.

„Dein Verlobter ist nach einem Boot und nach Deuten aus. Wir müssen auf ihn achten und ihm ein Zeichen geben.“

Sagte er mit gleichgültiger Stimme. „Sei nur ruhig. Wenn man einen Bürgermeister, so einen kleinen Herrscher, zum Vater hat, wie du, und einen Professor zum Bräutigam, dann kann man schon unbesorgt sein. Dann wird schon geschehen, was nötig ist. Herrgott, wie ich mich auf die paar Wochen bei euch freue! Sag, sind solche Ferien nicht eine wohltätige Einrichtung?“

Nach langer Zeit richtete er sich auf, bog die Zweige auseinander und sah nach allen Seiten auf das Wasser hinaus. Die Sonne hing an unterzugehen. „Ja, jetzt werden sie bald kommen“ sagte er.

Ihr war es gleichgültig. Deht hatte sie den Vetter bei sich und war ruhig.

Er sah unter sich: wie das Wasser flog! Vor weniger Zeit noch sahen die Arme des höheren Kreuzes da über der Flut hervor, und schon waren sie verschwunden. Er legte sich wieder neben sie, und sie sahen schweigend in das wogeläufige grüne Laubdach über ihnen, in die kommende und gebende Vogelstrecke. Er hielt sich die beiden Ohren zu, und sie tat es ihm nach: an der plötzlichen Stille merkten sie erst, welche ein Lärm da über ihnen trillerte und zwitscherte, pliff und kreischte. Aber dann lachten sie wieder, und es klang ihnen wie Frühlingsjauchzen. Sie fühlten sich eins mit den herzschlagenden Tieren, die das Wasser mit ihnen auf den Baum getrieben hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialistische Schulpolitik.

Der preussische Landtag hat gestern die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Hdg. Haenisch (Soz.):

Das Hochschulreformprogramm, das uns im Ausschuss Staatssekretär Bedder entwickelte, bedeutet zweifellos einen nicht unbedeutenden Fortschritt. Allerdings bringt diese Reform nicht bis zum Kern des Unzulänglichkeitsproblems vor, nämlich die Hochschulen vor ganz neue Aufgaben zu stellen und sie wieder in lebendige Verbindung mit dem Volkstreiben zu bringen. Mit der Simultanschule ist auch die große Masse der Katholiken zufrieden. Dr. Bauscher (Str.) meinte, daß eine fröhliche Bejahung des Staates kaum verlangt werden könne. Man müsse sich damit zufrieden geben, wenn jeder im Staate seine Pflicht tue. Wenn wir aber aus dem wilden Chaos nach dem furchtbaren Kriege einen neuen organischen Kosmos gestalten sollen, dann muß man nicht nur mit dem kühnen Verstande, sondern auch mit warmem Herzen herantreten. (Sehr richtig links.) Man muß begeistert sein, wenn man große Dinge vollbringen will. Der hier behauptete Gegensatz zwischen meiner Schrift über die materialistische Geschichtsauffassung und der allgemeinen Auffassung meiner Partei in diesen Dingen besteht nicht. Meine Partei hat niemals den historischen Materialismus in so enger und mechanischer Weise aufgefaßt, wie es gestern behauptet wurde. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir haben immer betont, daß es sich hier um ein ununterbrochenes System von Wechselwirkungen handelt, und daß ebenso wie die Ökonomie bedeutungsvoll für das geistige Leben der Gesellschaft, das geistige Leben von höchster Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Gesellschaft ist, daß Geist und Ökonomie zusammengehören. — Zur Frage des Schulprogramms bestreite ich nicht, daß der nationale Gedanke im Sinne der Rechte heute immer noch in nicht unbedeutendem Maße lebendig ist, und daselbe gilt vom christlichen Gedanken. Aber weder der nationale Gedanke im Sinne der Rechte noch der christliche Gedanke nach Zentrumsauffassung kann heute noch das einigende Band für alle Volksgenossen sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Schule der Zukunft

kann weder vom christlichen, noch vom nationalen Gedanken im Sinne dieser Parteien völlig beherrscht sein; darum braucht sie durchaus nicht völlig ideallos zu sein. Das Ideal, mit dem wir die Schule der Gegenwart und die Zukunft erfüllen wollen, wächst mit dem Naturnotwendigkeit aus den Bedürfnissen der wachsenden Gemeinschaft heraus. Das neue Schulideal, auf dessen Werten wir den ganzen Erziehungsbetrieb einstellen wollen, ist: Die Schule soll uns helfen, den wirtschaftlich denkenden und sozial empfindenden Gemeinschaftsmenschen zu erziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Zeitalter des individualistischen Liberalismus wurde den Kindern gelehrt: Hilf dir selbst, du hilfst die Welt! Wir stellen dem gegenüber das soziale Schulideal auf, das sich in die Worte zusammenfaßt: Einer für alle, alle für einen! Die Bestrebungen der italienischen Reformen Montessori, die Elternräte, Lehrerräte, Schulgemeinden, die ersten schülerneuten Anläufe einer Arbeits- und Produktionschule, alles das liegt in dem gleichen Sinne. Die Bestrebungen des Berliner Oberstudienssekretärs Baucke, den Gedanken der Gemeinschaftsschule praktisch zu verwirklichen, verdienen die warmste und nachdrücklichste Förderung des Ministeriums. Wenn im Berliner Provinzialparlament

eine Verwaltungsjuristen allzu bedenklich sein sollten, so bitten wir den Minister, sich für Pausen einzulassen, bei dem sich hochliegende Ideale und lange praktische Erfahrungen vereinigen. Diesem großen Ziele dient auch der von uns angestrebte soziologische Geschichtsunterricht. Neue Lehr- und Lesebücher liegen vor, z. B. die ausgezeichneten inopitischen Geschichtstabellen von Komarov. Wir haben auch 8-10 Volksschulbücher als Frucht des Preisensprechens des Zentralinstituts. Alle diese Bücher liegen vor; es kommt nur darauf an, daß sie eingeführt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich wünsche dringend, daß der Minister die Initiative ergreift, um diese neuen Bücher dem praktischen Schulbetrieb nutzbar zu machen. Dem großen Ziele der Erziehung des geschichtlich denkenden Gemeinschaftsmenschen dienen auch alle Arbeiten der letzten Jahre auf dem Gebiete der Hochschulreform, der Pflege des staatswissenschaftlichen Unterrichts usw., Förderung der Gemeindefürsorge, die Einrichtung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., ihm sollen die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf dienen. Sie dienen der neuen Einstellung der Vorbereitung der Verwaltungsbeamten, die künstlich nicht mehr rein juristisch sein darf, sondern im wesentlichen wirtschaftlich bestimmt sein soll. In dem neuen Ideal des wirtschaftlich denkenden und sozial empfindenden Gemeinschaftsmenschen wird schließlich auch das aufgehen, was gut und dauernd ist am nationalen Gedanken wie am christlichen Gedanken. Der nationale Gedanke wird dann besetzt sein von allen Schäden des eng beschränkten, gemeinschaftlichen und heute ganz und gar überlebten Nationalismus, er wird emporgeläutert sein zum

nationalen Kulturgebanten.

der keinen Gegensatz zum internationalen Gedanken darstellt, sondern seine Ergänzung bildet. Auf der anderen Seite wird das, was im Christentum an großem ethischen Gehalt liegt, der Gedanke der allgemeinen Bruderverliebe, des Internationalismus, der Völkerverbrüderung, in unserem neuen sozialen Schulideal endlich Fleisch und Blut gewinnen (Unruhe rechts.) Der Klassenkampf ist keine Erfindung der Sozialdemokratie, sondern eine Tatsache der Wirklichkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht nur die Arbeiter führen Klassenkämpfe, sondern alle Klassen. (Widerspruch rechts.) Wenn der Landbau die höchsten Marktpreise verlangt, wenn die Beherrschenden sich gegen die Erfüllung der Geldwerte stemmen und Steuer-

labetage treiben, dann ist das Klassenkampf. Wenn die Rechte sich bis zum letzten Augenblick gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wehren, dann war das Klassenkampf in schärfster Form. Wir Sozialdemokraten führen den Klassenkampf nicht um seiner selbst willen, sondern um durch ihn

den sozialen Frieden

herbeizuführen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir kämpfen, um im Sozialismus alle Klassengegensätze aufzuheben. Durch unsere Schulpolitik wird auch nicht, wie die Rechte behauptet, die Parteipolitik in die Schule hineingetragen. Wenn jemand im Glashaus sitzt, soll er nicht mit Steinen werfen. Gerade die Rechte und der alte Staat haben jahrzehntlang die Schule einseitig in den Dienst parteipolitisch, monarchistisch-reaktionärer Bestrebungen gestellt. Das Umgekehrte etwa zu tun lehnen wir ab. Ein sozialdemokratischer Minister, der anordnen wollte, daß Parteipolitik in die Schulklassen getragen werden sollte, würde damit beweisen, daß er zu seinem Amt nicht taugt.

Kinderleben und Jugendland

ist helles Land; es darf nicht ins Parteigetriebe hineingezogen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Entwicklung zum Zeitalter der Gemeinwirtschaft auch in den Schulen kann sich nur dann ohne große Erschütterungen vollziehen, wenn sie sich auf dem Boden der demokratischen Republik ausbreitet. Darum begrüßen wir die Anstrengungen des Ministeriums im Ausschuss, daß er die Erziehung der Jugend zur fröhlichen Bejahung des gegenwärtigen Staates zu seiner Aufgabe gemacht habe; vor einem Jahre erklärte der Minister noch, daß das Ideal der Kaiseridee auch für den zukünftigen Staat sein großes Ideal sei. Der Minister hat gestern versucht, sein starkes Bekenntnis zum demokratischen Staat, zur Republik ein wenig zu kommentieren. Wir meinen, es sollte an einem Ministerwort auch vom Minister selbst nicht gerückt werden. Wir werden jedenfalls verlangen, daß diesem schönen Worte auch

die entsprechenden Taten

folgen. (Sehr gut! b. d. Soz.) In den Dienst der großen Erziehung zum Gemeinheitsgefühl muß auch gestellt werden die große Volkshochschulbewegung. Wir bedauern, daß dafür auch diesmal nur 300 000 Papiermark flüssig gemacht worden sind. Das Programm einer volksmäßig-sozialen Kunstpflege, wie es der Referent des Ministeriums Dr. Seela im Ausschuss entwickelte, begrüßen wir freudig. Wir hoffen, daß dieses Programm in enger Zusammenarbeit des Staates, der Gemeinden, der freien Volkshochschulen, der großen Landes-Theaterverbände durchgeführt wird. Das eigentliche Arbeiterbildungsministerium ist das Kultusministerium. Nur von innen heraus, vom deutschen Geist, der deutschen Seele, der deutschen Kunst und Wissenschaft, der deutschen Schule und Erziehung aus kann unserem armen Volke die Gesehung kommen. Darum muß jeder in unserem armen zusammengebrochenen Lande nur verfügbare Kräfte für die Volksbildung verwenden werden. Denn das sind Aufgaben, die für unser Volkstum Früchte tragen werden hundertfältig und tausendfältig. (Wohlfühl Belfast! b. d. Soz.)

Hdg. Oelse (DnL): Wir können den heutigen Staat nicht fröhlich bejahen. Seine Aenderung erstreben wir aber nur mit gesetzlichen Mitteln.

Hdg. Mähmeyer (D. Sp.): Die evangelische Kirche ist an keine Staatsform gebunden, sie ist überstaatlich.

Hdg. Jutz (Z.): In Kaschau werden die Eltern nicht ruhen, als bis sie ihre Kinder in die Schule schicken können, die sie für die richtige halten.

Kultusminister Dr. Boeckl:

Eine Aenderung der Simultanschule wäre verfassungswidrig. Wir müssen auch das Reichsschulgesetz abwarten. In der Frage der Abkündigung der Leistungen des Staates an die Kirchen bestehen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsministerium und mir. Wenn bei Reichsgründungsfeiern auch der Hohenzollern gedacht wird, so ist das noch lange keine monarchistische Kundgebung. Es ist lediglich

ein Akt der Dankbarkeit.

(Widerspruch links.) Die Anschuldigungen gegen das Hohenzollern-Regime haben sich als unrichtig herausgestellt. Man werde doch nicht gleich nervös, wenn ein Kind etwas aus der Schule erzählt. Wollen wir etwas erreichen, so müssen wir hingebungs-voll im und am Staate arbeiten und dabei müssen wir von dem gegebenen Staate ausgehen. Welche Entwicklung dieser Staat dann nimmt, ist eine andere Frage.

Hdg. Dr. Beetz (Westf. P.): Der preussischen Armeekorps danken wir es, daß wir heute als Abgeordnete hier sitzen können und nicht schon längst im Rheinland Franzosen, im Osten Polen, im Norden Dänen geworden sind.

Hdg. Dresse (D.-Hann.): Ohne christliche Volkserziehung kein Wiederaufbau.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. — In der Einzelberatung spricht zum

Hochschulwesen.

Hdg. Tannow (Soz.): Es ist erfreulich, daß Preußen seine Universitäten voll aufrechterhalten kann. Aber es fehlt die nötige Anpassung an den demokratischen Geist. Man verbietet zwar nicht mehr offenen den neuen Staat, aber von einer Fühlung und Verbindung mit dem Volksleben ist keine Spur vorhanden. Die Universitäten haben zu ihrem eigenen Schaden

den Anschluß an die neue Zeit veräußert.

Früher waren sie Träger des nationalen Gedankens, später dann Ausgangspunkte des geistigen Lebens. Heute herrscht an den Universitäten die tiefste Reaktion. Mit den Reichsgründungsfeiern

könnten auch wir einverstanden sein, wenn dabei die Erfüllung einer allgemeinen Volkssehnsucht gefeiert würde. Aber es sind ja nur Huldigungsfeiern für die Hohenzollern. Die Verwaltungsbeamten erhalten während ihrer Ausbildung viel zu wenig Gelegenheit, sich mit der neuen Verfassung und mit dem Wirtschaftsleben zu beschäftigen. Den Staatswissenschaftlichen muß eine größere Bedeutung eingeräumt werden. Schon weil die Zahl der Hörer für diese Fächer seit 1914 eine Verdoppelung erfahren hat. Die Staatswissenschaftlichen müssen von der philologischen Fakultät losgelöst und zumindest der juristischen angegliedert werden. In Berlin könnte eine eigene staatswissenschaftliche Fakultät errichtet werden. Wann wird endlich mit der Verwirklichung der Bedderschen Hochschulreform begonnen? Die Hochschulreform ist dringend reformbedürftig. Die Privatdozenten müssen wirtschaftlich sichergestellt werden. Die Kolleggelder sind abzuschaffen.

Hdg. Dr. Schwering (Z.): Die einseitig monarchistische Einstellung der Studentenschaft ist bedauerlich. Die Selbstverwaltung der Universitäten darf nicht angefastet werden. Die Professoren müssen sorgenfrei ihrer wissenschaftlichen Arbeit leben können. Das Studierenrecht muß weiter ausgebaut werden. Ausländische Studenten wollen wir nicht ausschließen, aber die deutschen Studenten dürfen nicht darunter leiden.

Hdg. Dr. Hoffmann (DnL): Es ist ein Unglück, daß die Studenten gezwungen sind, in den Ferien in den Bergwerken zu arbeiten. Der Zugang zum Universitätsstudium darf nicht allzu sehr erleichtert werden. Die Unterrichtsverteilung an Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre ist gefährlich für den Betrieb der Universitäten. Unsere Universitäten sind nie rückwärts gewesen.

Es folgt die

Abstimmung über die Streikentwürfe.

Der unabhängige Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen den Berliner Polizeipräsidenten wird mit 240 gegen 39 Stimmen abgelehnt, ebenso der kommunalistische Antrag auf Zurücknahme der Wahregelungen mit 244 gegen 38 Stimmen.

Hierauf wird die unterbrochene Beratung fortgesetzt.
Hdg. Dr. Planert (D. Sp.): Erschütternd ist die Not der Studentenschaft. Den Typus des Werkstudenten halte ich nicht für einen Idealtypus; wenigstens einige Monate vor dem Examen muß jeder Student nur seiner Forschung leben dürfen. Auch die Arbeiter sollen erkennen, daß der deutsche Student keine Simulakristur ist.

Hdg. Dr. Weyl (U. Soz.): Die Hefe gegen die ausländischen Studenten geht von denselben Kreisen aus, die hervorragende Wissenschaftler aus Deutschland wegtrafen, wie es der Fall Nicola zeigt hat. Der reaktionär-monarchistische

Hochschulwesen

tracht sich an, die republikanischen Studenten an die Wand zu drücken, obwohl er nur 10 Proz. der Studentenschaft umfaßt. Der Rektor der Berliner Universität aber will ihm durchaus den maßgebenden Einfluß verschaffen. Die unfaire Haltung des Kultusministeriums hat viel zur Verschärfung des Konfliktes beigetragen. Der ungeheure Einfluß dieses antisemilischen Hochschulrings, gegen den sich sogar Mitglieder der Deutschen Volkspartei erkläre haben, ist der beste Beweis für die Herrschaft der Reaktion an unseren Hochschulen. Die Ursachen liegen hauptsächlich in den schlechten Berufsaussichten der Studenten angesichts unserer wirtschaftlichen Notlage. Die amtliche Stellung der Professoren darf nicht zu monarchistischer Propaganda mißbraucht werden. Was ist z. B. gegen Professor Stuz unternommen worden, der am 27. Januar in der Vorbereitung einer monarchistischen Demonstration verankert? Das Programm Dr. Bedders ist ein entscheidender Fortschritt, aber die Fakultäten werden sich auch gegen diese Reform wehren. Wir empfehlen einen

Streikklub für Antikatholizismus,

der übrigens auch Mitgliedern dieses Hauses nichts schaden würde. (Heiterkeit.) Die Universitäten müssen ihre Fortien allen Bildungsungrienen weit öffnen, auch Arbeitern, Lehrern und Angestellten.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Hdg. Wilhelm Schauer (Soz.) in der üblichen Weise.

Mittwoch 12 Uhr: Weiterberatung des Kultusetats. — Schluß gegen 6 Uhr.

Aus der Partei.

Wilhelm Schauer †.

Die pommerische Sozialdemokratie hat einen schmerzhaften Verlust erlitten. Genosse Wilhelm Schauer ist im Alter von 47 Jahren verstorben. In proletarischen Verhältnissen aufgewachsen, wandte sich der junge Bauer schon frühzeitig seiner Berufsorganisation zu. Mit viel Geschick und Umsicht vertrat er erfolgreich die Interessen seiner Kollegen. Bis zum letzten Tage seines Lebens war er als Leiter des Bezirks Pommer des Bauarbeiterverbandes tätig. Aber auch in der politischen Bewegung stand er in vorderster Linie. Manchen schweren Schlag verjegte der Kampfprobe der pommerischen Arbeiterklasse. Nach Beendigung des Krieges übertrugen ihm die Stettiner Genossen den Posten des Vorsitzenden ihres Parteiverbandes. Ein ganzes Jahrzehnt war Schauer Mitglied des Stettiner Stadtparlaments, wir sahen ihn in der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung und im Februar 1921 wurde er in den Landtag gewählt. Seine uner müdliche Arbeit für des Volkes Wohl sichert dem Verstorbenen ein ehrenvolles und dauerndes Andenken bei der deutschen Arbeiterklasse.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. 31 unvollständig. — M. G. Triestis Aufhebeln-Schulent-Quart-Teufel, Himmelsr. 4; Dietz u. Co., Schöneberg. 122; Friedrichstraße, Berliner Str. 22.

SPD.-Bezirk Berlin, 24. W.-teil.
Den Mittelstern zur Rechten, bei langem Kranenlangen unfers liebe Besochn Treu
Gertraud Möller
Herfordt Straße 11, 11
Ehre ihrem Andenken
Verstorbene am Sonntag, mittags 12 Uhr, auf dem Friedhofe Heinersdorf, Grabstätte 110/111, Neue Begräbnisstätte
Der Wdt.-Verband.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 24, Lissenerstraße 23 25.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Nord 122, 224, 225, 226.
Donnerstag, 23. Februar, abends 6 Uhr, in der Schulhaus, Rosenplatz 12.
Branchenversammlung
der Einrichter und Revolver.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Kamerader Gruppen-Verbandung, 2. Branchenangelegenheiten, 3. Geschäftsverhandlungen.
Donnerstag, 23. Februar, nachm. 4 Uhr, in den Kuchenschlöden, Kaiser-Wilhelm-Straße 41.
Branchenversammlung
der Zigaretten-Maschinenführer und Betriebsarbeiter.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kammer, 2. Branchen- und Betriebsangelegenheiten, 3. Geschäftsverhandlungen.
Ordnung und Rente legitimiert.
1923 Die Organverwaltung.

Genit.-Gynäk.
Durch ein helles Licht
Patent-Medizinal-Salbe habe ich das Ziel völlig erreicht.
Dr. G. Polig-Geig. — Das Zuckerkrem nichtleitend u. leitend! In all. Apothek., Drogerien u. Versandapotheken.
Dr. G. Polig-Geig.
Berlin C.W. 24 Potsdamer Str. 123 h. Sprechstunden 9-12, 4-7, Sonntag 10-12.

10 000 Mark
für Vermögenswerte und
Erfinder!
Wulf. Arrog, gute Bedingungen, mit Geld.
Ein neuer Geist
at d. F. Erdmann & Co. kln., Königgrätzer Str. 71

Pelz-Haus abuco
Leipzig Str. 58
Zahlungserleichterung

Zinn
Gold-, Silber-Druck.
Quecksilber,
Eis, Kupfer, Platin u. s. w.
Laut zum Engländer
Scharnow, Dango Str. 23, am Schleißchen Bahnhaf

Geschlechts-kranke
Wiederherstellung des Lebens
Medizinal-Salbe
Dr. G. Polig-Geig.
Berlin C.W. 24 Potsdamer Str. 123 h. Sprechstunden 9-12, 4-7, Sonntag 10-12.



CREME PERI
die verschönende Hautcrème!

Zarte, reine Haut ist die Grundlage der Schönheit! Schaffen Sie sie durch die angenehme Anwendung der "Crème Peri". Sie zieht — sofort trocken — unsichtbar in die Haut ein. Sie bemerken lediglich die Verjüngung der Haut und empfinden eine gesunde Erfrischung der Hautnerven.

Oberall erhältlich!

Dr. M. Albersheim
Frankfurt a. M.

1892

